

Rezensionen

Katja Havemann/Joachim Widmann: Robert Havemann oder Wie die DDR sich erledigte, Ullstein Verlag, München 2003, 430 Seiten, geb., 24 Euro.

Robert Havemanns Biographie – obwohl schon mehrfach geschrieben und noch mehrfach in Vorbereitung – weist noch immer Leerstellen auf, „weiße Flecken“ auf der Landkarte seines Lebens. Auf manche ist bisher nur der Schatten von Aktenbergen gefallen, die die Staatssicherheit über ihn aufgehäuft hat (300 Bände). Aber für ein klares Bild braucht es Licht *und* Schatten, in diesem Fall: das Licht der Erinnerung. Katja Havemann und Joachim Widmann haben es für ein Buch gebündelt, das die dramatischen Jahre nach dem Berufsverbot und Havemanns Rolle in der entstehenden Bürgerbewegung der DDR beleuchtet. Neben Katja Havemanns eigenen Erinnerungen liegen dem Buch vierundzwanzig Zeitzeugengespräche aus den Jahren 2000 bis 2002 zugrunde, unter anderem Gespräche mit Wolf Biermann, Bärbel Bohley, Rainer Epelmann, Margret Frosch, Karin und Manfred Wilke und Lilo Fuchs, die hier nicht nur für sich spricht: Daß dieses Buch zu spät kam, um Jürgen Fuchs – den Meister des Gedächtnisprotokolls – noch zu befragen, läßt eine letzte Leerstelle, die nicht mehr zu schließen ist. „Gedächtnisprotokolle“ hieß das in Jena und Grünheide entstandene Buch, das einige der befragten Zeitzeugen 1977 im Westen herausbrachten, als Fuchs schon aus Havemanns Auto heraus verhaftet war – gewissermaßen stellvertretend für Havemann selbst, an den sich die Staatssicherheit so direkt nicht heranwagte.

Die dramatischen Stunden im November 1976 eröffnen das Buch, und hier beginnt tatsächlich, was sein Untertitel benennt: Wie sich die DDR erledigte. Das

Ende der DDR hat Robert Havemann nicht mehr erlebt, aber er hat es kommen sehen. Daran erinnert Rainer Epelmann in seinem Motto zu diesem Buch: „Robert Havemann sagte: ‚Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird das Politbüro weggejagt.‘ Ich kann heute sagen: Die Jäger hat er gezüchtet. Mir fallen nicht so viele ein, die maßgebliche Rollen dabei gespielt haben, die nicht in irgendeiner Weise von Robert geprägt waren. Für eine bestimmte Gruppe von Menschen war Grünheide wie Mekka.“ Ein nach dem 11. September etwas befremdlicher Vergleich – er paßt besser auf religiöse Fundamentalisten –, aber vielleicht doch nicht so weit von der Sache, die auch Wolf Biermann in einem Gespräch mit Jürgen Fuchs mit einem religiösen Vergleich beschrieb: „Die Freundschaft von zweien wie uns war ein Gottesbeweis, und das spürten die auch.“ Er meine „die“, die besser als alle Christen zu wissen glaubten, wo Gott wohnt: im Zentralkomitee.

Für ihr Buch haben die Autoren die Form der Chronik gewählt, in der die eigenen Erinnerungen mit denen der Zeitzeugen, mit Rückblenden und Aktenfunden vermischt und verdichtet sind. Das wird die Leser des Ullstein Verlags mehr erfreuen als die Historiker, die gern jede einzelne Mitteilung ihrer Quelle zuordnen würden; aber das Buch hat dafür einen vernünftigen Kompromiß mit sparsamen Fußnoten und typographischer Heraushebung von Dokumenten gefunden, mit dem Leser und wissenschaftliche Nutzer einverstanden sein können. Das Verfahren zwingt Katja Havemann auch, von sich in der dritten Person zu berichten („Als die Studentin Annedore Grafe, genannt Katja, 22jährig zum ersten Mal nach Grünheide kam, war ihr das ein Bedürfnis und zugleich eine kaum überwindbare Hürde“). Aber das gestattet ihr auch, in die Rolle einer Zeitzeugin zurückzutreten, statt die Memoiren einer Witwe

auszubreiten. Nur selten verteilt sie Seitenhiebe (wie auf den in Havemanns Fall wenig standhaften Stefan Heym), und Manfred Krug verzeiht sie sogar, daß er Robert Havemann im Zorn über eine Autokarambolage drei Zähne ausschlug. Havemann selbst hat der Staatssicherheit nicht den Gefallen getan, gegen Krug vor Gericht zu ziehen: „Es gab keine Anzeige, keine Schadensersatzklage. Der Feind meiner Feinde ist mein Freund.“

Nach diesem Prinzip haben auch Wolf Biermann und er immer wieder zusammengefunden, auch nach schweren Meinungsverschiedenheiten, in denen sie nach dem Zeugnis Katja Havemanns Anfang der 70er Jahre „länger als ein Jahr kein Wort wechselten.“ Biermann verübelte Havemann einen Vergleich der DDR mit der Nazi-Zeit, nach dem – Originalton Biermann – „zwischen uns absolute Funkstille“ herrschte. Nur ihr und seiner Tochter Sibylle habe Robert Havemann „immer vorgejammert, wie schrecklich das ist ohne Wolf.“ Erst im Februar 1973 schrieb er ihm einen Brief, „ach Wolf ist doch Scheiße, meinst du nicht“, den Biermann mit der Rückkehr nach Grünheide beantwortete: „Es entsprach ganz und gar meinen Interessen. Es war uns klar bewußt: Wenn wir zusammen waren, waren wir das Vielfache von dem, was zwei Leute unseres Kalibers anrichten konnten im Streit mit den Herrschenden. Und das sahen die auch so.“

So ähnlich wird es sich wohl verhalten haben bei Havemanns Freundschaft und Bündnis mit Rainer Eppelmann in den 80er Jahren. Was hatten ein Pfarrer und der bekennende Atheist Havemann gemeinsam? Vor allem Feinde. Es war eine Diskussion unter Pfarrern zum Thema „Außenseiter“, die Eppelmann auf den Gedanken brachte, „vielleicht auch mit einem zu reden, von dem behauptet wurde, daß er ein Außenseiter ist. Wir brauchten ja nur ein paar Häuser weiter-

zugehen. Mit einem Kollegen machte ich mich auf den Weg, wir haben bei Havemann geklopft. Er bat uns rein [...] Deshalb war sein Haus so gastfreundlich, weil der Atheist Havemann einen unwahrscheinlichen missionarischen Eifer hatte, genau wie ich. Darin trafen wir uns.“ So fing es an, und es endete mit dem gemeinsam formulierten Berliner Appell von 1982, der letzten öffentlich wirksamen Aktion Robert Havemanns. Auch diesmal wagten SED und Staatssicherheit nicht, sich an Robert Havemann zu vergreifen, sondern nahmen statt seiner Eppelmann mit – samt dessen Schreibmaschine, die einige Tage später zurückgegeben wurde. Pech für die Stasi: Der Appell war auf Havemanns Schreibmaschine getippt worden.

Beide Weggefährten, Wolf Biermann und Rainer Eppelmann, sind sich am Krankenbett Robert Havemanns noch begegnet. Über die damals sensationelle Einreise Biermanns teilt das Buch in nüchterner Chronik mit, was es – nach allem darüber Geschriebenen – noch zu berichten gibt; auch die Anekdote Rainer Eppelmanns, der sich Robert Havemanns Auto ausgeliehen hatte und von der Staatssicherheit auf der Autobahn verfolgt wurde, weil sie Wolf Biermann darin vermuteten. „Wir bogen in Richtung Dresden ab und sahen, wie die Richtung Cottbus weiterfuhren. Als sie das merkten, begingen sie eines der schwersten Verbrechen, die die DDR kannte: Sie drehten auf der Autobahn über den Grünstreifen, um uns wieder zu kriegen.“ Da übertreibt Eppelmann: Das schwerste Verbrechen hatten die drei – Havemann, Biermann und Eppelmann – selbst begangen, in Tateinheit mit Havemanns Ehefrau Katja: Die Herrschaft der SED in Frage zu stellen. Wie das möglich war, dafür ist Robert Havemanns Biographie exemplarisch.

Hannes Schwenger

Ernst von Waldenfels: Der Spion, der aus Deutschland kam. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs. Aufbau Verlag, Berlin 2002, 382 S., 22,50 Euro.

Ernst von Waldenfels hat in deutschen, amerikanischen und russischen Archiven die Biographie eines Mannes erforscht, der für eine internationale Unterwelt steht, die im Schatten der totalitären Diktaturen entstanden war: die Welt der politischen Instrukteure der Komintern, der Saboteure und Parteisoldaten, der kommunistischen Apparate und der politischen Polizeien. Ihre Akteure tauchen, wenn überhaupt, nur am Rande der geläufigen Geschichtsbilder und Parteigeschichten auf, in denen „Galionsfiguren“ wie Ernst Thälmann oder Georgi Dimitroff die Hauptrollen spielen. Da Männer wie Richard Krebs eine schlichte politische Biographie zur Tarnung benutzten, konnte es geschehen, daß er von vielen Zeitzeugen, wie beispielsweise von Herbert Wehner, als bedeutungslose Figur oder Phantast abgetan wurde. Andere, die seine eigentliche Funktion ahnten oder kannten, haben ihn publizistisch attackiert (wie Ernst Bloch im Januar 1942) oder totgeschwiegen. Obwohl sein Buch *Out of the Night*, das er Anfang der 40er Jahre in den USA geschrieben hatte, nicht zuletzt durch einen Teilabdruck in *Readers Digest* eine Millionenaufgabe erreichte und zu einem der großen Bestseller seiner Zeit wurde – gelobt von Pearl S. Buck bis H.G.Wells – blieb es von der Exilliteraturforschung ausgeklammert. Krebs wurde nicht wahrgenommen, weil er sich nicht in die gewohnten politischen Bilder fügte und weil die Denunziation immer noch wirksam war („Out of the Sewer – Aus dem Abfluß“ – unter diesem Titel war das Buch in der kommunistischen Zeitschrift *New Masses* rezensiert worden). Als 1957 die um viele brisante Passagen gekürzte deutsche Ausgabe des Buches als *Tagebuch*

der Hölle erschien, war die Wirkung nur noch marginal – vermutlich hatte der Verlag Kiepenheuer & Witsch damals auf Kürzungen bestanden, aber hinzu kam der Einfluß von Personen wie Albert Walter oder Ruth Fischer, die die Publikation einiger sie selbst betreffender Passagen verhinderten. Die politischen Rezensenten hielten sich zurück, unter ihnen auch die Exkommunisten: Mit jener kommunistischen Bewegung, wie Krebs sie unter dem Pseudonym Jan Valtin beschrieben hatte, wollte man nichts zu tun haben. Als antikommunistisches Manifest war das Buch nicht tauglich, da die Geschichte, die es erzählte, alle gewohnten politischen Klischees sprengte.

Richard Krebs, Jahrgang 1905, ist schon als Kind durch die Welt gekommen – sein Vater war Kapitän im Dienst des norddeutschen Lloyd. Nach dessen Tod tritt er, wie viele bürgerliche Zeitgenossen, in die KPD ein und kommt als Seemann mit den frühen Geheimapparaten der deutschen und sowjetischen Partei in Berührung. Seine Aufträge führen ihn rund um die Welt, eine Odyssee (ohne Ithaka) durch den kommunistischen Untergrund Europas und Amerikas, die ihm 1926 eine Gefängnisstrafe in San Quentin einbringt, wo er Jack London und Joseph Conrad liest und zu schreiben beginnt. Aber er stellt seinen Traum, Schriftsteller zu werden, zurück, um wieder in die Dienste der Komintern zu treten. 1932 erreicht er als politischer Instrukteur (Krebs spricht vom „reisenden Offizierskorps der dritten Internationale“) den Gipfel seiner Laufbahn, verwickelt in Operationen des militärischen Geheimdienstes der Sowjets (GRU), beteiligt auch an Mordaktionen der Apparate gegen Nazis. Ernst Wollweber (ein späterer Stasi-Chef der DDR) sendet ihn im November 1933 zu einem Auftrag nach Deutschland, wo er in die Fänge seiner Gegner gerät; er wird gefoltert und läßt sich im Konzent-

rationslager im Auftrag der Komintern „umdrehen“. Er beginnt ein Doppelspiel, wie es zuvor auch Anton Saefkow und andere kommunistische Akteure gewagt hatten. Seine Frau bleibt als Geisel der Nazis in Deutschland zurück; Krebs liefert von der Komintern-Zentrale in Kopenhagen gefälschtes Material an die Deutschen. Als er aus Angst, seine Frau zu gefährden, flieht, wird er von Gestapo und NKWD gejagt, auch noch in den USA. Er kann dort seine Spuren verwischen und untertauchen. Dann wählt er, unterstützt von alten Genossen, darunter dem deutschen Anarchisten Robert Bek-Gran, ein Freund B.Travens, einen für seine Zeit nicht untypischen Ausweg: mit einer „Autobiographie“ wendet er sich an die amerikanische Öffentlichkeit und bittet so um politisches Asyl.

„Mit achtzehn war ich mir wie ein Riese vorgekommen. Mit einundzwanzig war alles ganz einfach: ‚Eine Handgranate ins Gesicht der Gegenrevolution!‘ Mit zweiundzwanzig machten die Polizeibehörden von einem halben Dutzend Nationen auf mich Jagd, weil sie in mir den Hauptunruhestifter der Komintern an den Küsten Europas sahen. Mit einunddreißig war ich beschäftigt, Hitlers Gefängnisse in Schulen für den proletarischen Internationalismus zu verwandeln. Und jetzt, mit dreiunddreißig, stand ich vor der Frage: ‚War das alles Lüge gewesen, ein elender Spuk?‘ Niemand kann sich selbst die Haut abziehen“ – schreibt Krebs am Ende seines Buches, das wie wenige andere den Blick auf die politische Geschichte der totalitären Systeme verändert, ein Thriller, dem man einige Nächte opfert, in seinen besten Passagen vergleichbar mit Romanen von Joseph Conrad oder Eric Ambler, eine Saga der Komintern, die es mit Manès Sperbers *Wie eine Träne im Ozean* nicht nur literarisch aufnehmen kann. Was als ein Abenteuerroman beginnt, der von wilden Seeräubereien handelt,

endet als die bedrückende Geschichte von der Selbsterstörung der Linken oder, wie Ernst von Waldenfels schreibt, als „ein zorniges Manifest gegen den Zynismus der Funktionäre und die menschenverachtenden Praktiken der Komintern“. Die Geschichte von Brechts Lehrstück *Die Maßnahme* von der parteiinternen Hinrichtung eines Genossen im chinesischen Bürgerkrieg kehrt hundertfach wieder: als europäischer Partei-Alltag.

Ernst von Waldenfels ist ein mehrfaches Wagnis eingegangen: Er schreibt über einen Autor, dessen aufregender autobiographischer Roman alle Faszination auf sich zieht, und er schreibt gleichwohl über eine vergessene Gestalt. Er hat sich ein Thema gewählt, das vor der teilweisen Öffnung der sowjetischen Archive in den 90ern als Seemannsgarn, als Greuelmärchen und Propaganda abgetan wurde. Die Frage nach der Wahrheit des Berichtes von Krebs-Valtin löst der Autor geschickt, indem er von dem synthetischen Helden „Valtin“ spricht, einer Kunstfigur, zusammengebaut aus autobiographischen Elementen und von Geschichten, die Krebs nur vom Hörensagen kannte. *Out of the Night* wird zum Roman erklärt. Darin spiegelt sich das Dilemma, in dem Krebs gesteckt hat, als er im März 1938 illegal in den USA landete. Mit dem Buch, das zwischen Geständnis und Verschweigen balanciert, versuchte er sich den Eintritt in das Land zu erkaufen, dessen Justizbehörden ihm die Einreise untersagt hatten. Er wollte den Vorwurf der KP widerlegen, Gestapo-Agent zu sein; er wollte seine Angehörigen schützen und seine ehemaligen Genossen vor dem Zugriff von Gestapo und NKWD, aber er wollte als Jan Valtin auch kein Material gegen sich selbst liefern.

Der Autor nähert sich dem Thema und dem Objekt seiner Biographie mit einer Mischung aus Vorsicht und nur leicht verborgener Sympathie (so spricht er

von einem „raffinierten Schachzug“ oder einem „genialen Manöver“ seines Helden). Spätestens dann, wenn es um die Frage des Doppelspiels geht, in das Krebs-Valtin in den Nazi-Gefängnissen hineingezogen wurde, gewinnt die Biographie eine Intensität, die Genauigkeit und Einfühlung verbindet. Nicht ohne Faszination, aber mit analytischer Schärfe untersucht er hier, wo die Archive schweigen (die Akten der Hamburger Gestapo verbrannten im Zweiten Weltkrieg), das Doppelspiel eines Akteurs, der, wie so viele andere, nicht zu begreifen vermochte, daß er zum Bauernopfer geworden war im Fernduell zwischen den stalinistischen und nazistischen Apparaten. Von Waldenfels hat ein packendes und mutiges Buch vorgelegt, dem eine bessere Rezeption gebührt, als sie Krebs' *Tagebuch der Hölle* beschieden war.

Michael Rohrwasser

Oliver Schröm: Im Schatten des Schakals. Carlos und die Wegbereiter des internationalen Terrorismus. Ch. Links Verlag, Berlin 2002, 334 S., 17,50 Euro.

Das Studium an der Moskauer Lumumba-Universität konnte den Tatendrang des jungen Venezolaners Ilich Ramirez Sánchez nicht befriedigen. Die Suche nach einer revolutionären Ausbildung hatte Sánchez Ende der 60er Jahre in die Sowjetunion geführt. Doch dort war das Feuer des „Roten Oktober“ längst erkalte und langweilige Bürokraten predigten die Lehre jenes Mannes, den Vater Sánchez im Oktober 1949 zum Namenspatron seines Sohnes gemacht hatte. Während in vielen Ländern der Dritten Welt „nationale Befreiungsbewegungen“ von sich reden machten, denen der bewaffnete Kampf als Credo ihrer revolutionären Ideologie galt, saß Ilich Ramirez Sánchez im langweiligen Moskau fest und mußte in verstaubten Hörsälen verstaubte Lehrsätze über die

Weltrevolution über sich ergehen lassen. Im Sommer 1970 hielt er das nicht mehr aus. Er kaufte sich eine Flugkarte nach Beirut und begab sich, nachdem er dort eingetroffen war, schnurstracks in das Redaktionsbüro von *Al Hadaf* („Das Ziel“). Diese Zeitung war das Zentralorgan der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), einer militanten PLO-Fraktion, die seit 1968 durch mehrere spektakuläre Flugzeugentführungen von sich reden gemacht hatte. Für den Presschef der PFLP, Bassam Abu Sharif, war das Auftauchen des jungen Venezolaners mit dem Babygesicht zunächst ein Routinevorgang. Junge Männer aus aller Welt, die sich als Freiwillige einer Kommandoeinheit der PFLP anschließen wollten, gaben sich in der Beiruter PFLP-Anlaufstelle die Klinke in die Hand. Als Sánchez jedoch erklärte, er könne gegebenenfalls auch von London aus operieren, merkte Sharif auf. Er brauchte nämlich Leute, die sich in westlichen Ländern bewegen konnten, ohne wegen ihrer arabischen Herkunft dem besonderen Augenmerk der Sicherheitsbehörden zu unterliegen. Sánchez wurde rekrutiert und zur Grundausbildung in ein PFLP-Camp in die jordanische Wüste geschickt. Vor seiner Abreise dorthin, verlieh ihm Sharif den Kampfnamen Carlos, unter dem es der Venezolaner bald zu zweifelhaftem Weltruhm bringen sollte.

Der erste Anschlag, den Carlos für die PFLP ausführte, war ein Mordattentat. Im Dezember 1973 drang er völlig allein in das Haus des Unternehmers Joseph Sieff ein und schoß seinem Opfer mit einer Pistole in den Kopf. Sieff wurde von der PFLP als Anschlagopfer ausgewählt, weil er Präsident der englischen Zionistenvereinigung war. Sieff überlebte das Attentat schwer verletzt. Der PFLP-Führer Wadi Haddad war jedoch von dem kaltschnäuzigen Vorgehen seines Terrordebütanten derart beeindruckt, daß er ihn zum stellvertretenden Euro-

pachef seiner Organisation machte. Gemeinsam mit dem Libanesen Michel Moukarbel knüpfte Carlos fortan das Kontaktnetz zu den bewaffneten Formationen des europäischen Untergrundes, nach Deutschland zur Roten Armee Fraktion (RAF), zur Bewegung 2. Juni und zu den Revolutionären Zellen (RZ). Darüber hinaus bereitete Carlos weitere Anschläge vor. Am 14. September 1974 warf er eine Handgranate in ein gut besuchtes Pariser Café. Der Anschlag kostete zwei Menschenleben und 34 Schwerverletzte. Mit dem Attentat, das Carlos wiederum völlig allein ausführte, sollte eine Aktion der Japanischen Roten Armee unterstützt werden, die einen Tag zuvor die französische Botschaft in Den Haag besetzt hatte, um ihr in Paris inhaftiertes Mitglied Yutuka Euraya freizupressen. Carlos lieferte den japanischen Terroristen dafür Handgranaten, die aus einem RZ-Einbruch in ein amerikanisches Waffendepot stammten.

Am 23. Juni 1975 nahm die französische Spionageabwehr DST den Europachef der PFLP Michel Moukarbel fest. Nachdem sie ihn vier Tage vernommen hatten, fuhren drei DST-Beamte Moukarbel zu einer Wohnung, in der sich der PFLP-Mann zuvor aufgehalten hatte. Dort öffneten ihnen Sánchez die Tür und bat die Gruppe, einzutreten. Als sie ihn aufforderten, sich mit ihnen und Moukarbel ins Polizeirevier zu begeben, zog er eine Waffe und schoß die drei Beamten nieder. Danach trat er an Michel Moukarbel heran und tötete ihn durch einen Kopfschuß. Am nächsten Tag landete Carlos mit gefälschten Papieren in Algier und machte sich nach einem kurzen Urlaub von dort aus auf den Weg zum PFLP-Stützpunkt in Aden. Dort brütete er gemeinsam mit PFLP-Chef Wali Haddad einen spektakulären Anschlag aus.

Am 21. Dezember 1975 überfiel ein sechsköpfiges Terrorkommando die in Wien tagende Konferenz der Ölminister

aller OPEC-Staaten. Carlos führte die Gruppe an, der zwei Palästinenser und drei Deutsche angehörten. Die beteiligten Deutschen waren Gabriele Kröcher-Tiedemann, Mitglied der Bewegung 2. Juni, sowie die RZ-Mitglieder Wilfried Böse und Hans-Joachim Klein. Bei dem Überfall auf das Wiener Konferenzgebäude erschöß Kröcher-Tiedemann, die erste sechs Monate zuvor gegen den entführten Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz aus der Haft freigegeben worden war, kaltblütig zwei Sicherheitsbeamte. Später stellte sich heraus, daß Carlos den Überfall und die anschließende Geiselnahme mit der libyschen Geheimpolizei koordiniert hatte. Das Überfallkommando ließ sich mit mehreren Ölmministern als Geiseln nach Algerien ausfliegen und verschwand von dort aus wieder im arabischen Untergrund.

Im März 1979 tauchte Carlos gemeinsam mit seiner deutschen Frau Magdalena Kopp und dem RZ-Mitglied Johannes Weinrich in Ost-Berlin auf. Die drei Terroristen waren mit Diplomatenpässen arabischer Staaten eingereist und logierten im Hotel Stadt Berlin am Alexanderplatz. Die für Terrorabwehr zuständige Hauptabteilung XXII des MfS beschattete die Gruppe rund um die Uhr. Am 5. Mai 1979 schrieb Stasi-Major Helmut Voigt einen zusammenfassenden Bericht über die Ermittlungsergebnisse seiner Überwachungstrupps. Je ein Exemplar davon erhielten Erich Mielke und sein Stellvertreter Gerhard Neiber, ein weiteres HVA-Chef Markus Wolf. In dem Ermittlungsbericht hielt Voigt fest, daß palästinensische und westliche Terrororganisationen Vorbereitungen trafen, um „das Territorium der DDR als logistischen Stützpunkt und als Ausgangsbasis für die Durchführung von Gewaltakten in Westeuropa nutzen“ zu können. Voigt und seine Leute hatten herausgefunden, daß sich Carlos, Kopp und Weinrich in Ost-Berlin mit Abgesandten der Revolutionären Zellen, der

italienischen Roten Brigaden und der ETA getroffen hatten und Carlos Kontakte zu Residenten mehrerer nahöstlicher Geheimdienste und der PLO unterhielt. Er traf nach Erkenntnissen des MfS auch mit Arafats Sicherheitschef Abu Daud zusammen, der 1972 bei dem Massaker, das palästinensische Terroristen während der Olympischen Spiele in München verübten, seine Finger im Spiel hatte.

Wie Carlos und seine Gruppe in der folgenden Zeit von Ost-Berlin und Budapest aus unter den Augen diverser „kommunistischer Bruderorgane“ Aktionen in Westeuropa vorbereiten und ausführen konnte, hat Oliver Schröm minutiös in seiner Carlos-Biographie rekonstruiert. Es hat lange gedauert, bis das internationale Terrornetzwerk, für das Ilich Ramirez Sánchez mit Bomben und Pistolen gekämpft hatte, außer Gefecht gesetzt war. Schröms Buch enthüllt, von welchen interessierten Dritten die Carlos-Gruppe Unterstützung erhielt. Neben allen möglichen Geheimdiensten und Untergrundorganisationen gehörte dazu auch der Schweizer Hitlerverehrer François Genoud, der sein Geld unter anderem mit dem Verkauf von Rechten an den Goebbels-Tagebüchern gemacht hatte. Nur einer der Carlos-Helfer aus dem Geheimdienstmilieu ist bislang bestraft worden. Am 11. April 1994 verurteilte das Berliner Landgericht den Stasi-Offizier Helmut Voigt wegen „Beihilfe zum Mord und zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ zu vier Jahren Gefängnis. Erst nachdem Carlos und seiner Bande die osteuropäischen Rückzugsräume weggebrochen waren und für viele arabische Staaten die Duldung oder gar Unterstützung des Terrornetzwerks wegen des internationalen Drucks zu brisant wurde, gingen Carlos und mehrere seiner Mittäter den westlichen Sicherheitsdiensten ins Netz. Johannes Weinrich wurde 1995 vom Jemen an die

Bundesrepublik übergeben. Er erhielt im Januar 2000 wegen fünffachen Mordversuchs eine lebenslängliche Haftstrafe, gegen Carlos verhängte ein französisches Gericht wegen dreifachen Mordes das gleiche Urteil, Hans-Joachim Klein wurde im Januar 2001 vom Landgericht Frankfurt am Main zu vierzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Magdalene Kopp stellte sich 1995 in Venezuela und kehrte mit ihrer Tochter nach Deutschland zurück. Sie lebt heute in Hannover. Ihre umfangreichen Aussagen hellten den Erkenntnisstand der Berliner und Pariser Staatsanwaltschaften über die von Carlos geführte „Organisation Internationaler Revolutionäre“ weiter auf. Carlos, der unterdessen die Scheidung von Frau Kopp eingereicht hat, schrieb nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in seiner Zelle eine Erklärung nieder, die mit dem Satz endete: „Der Kampf Osama bin Ladens ist mein Kampf.“

Jochen Staadt

Frank Schumann (Hg.): Lotte Ulbricht. Mein Leben – Selbstzeugnisse, Briefe und Dokumente. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2003, 288 S., geb., 17, 50 Euro.

Ed Stuhler: Margot Honecker. Eine Biografie. Überreuter Verlag, Wien 2003, 224 S., geb., 19,95 Euro.

Sie waren die First Lady und die Last Lady der DDR – Lotte Ulbricht und Margot Honecker. Das allein genügt, um biographisches Interesse zu wecken, unabhängig vom Rang ihrer Persönlichkeit und ihrem eigenen Publizitätsbedürfnis. Lotte Ulbricht scheint davon wenig verspürt zu haben, denn sie hat zu Lebzeiten nicht einmal jene knappen Aufzeichnungen veröffentlicht, die sie als 94jährige begonnen und bis zu ihrem Tod mehrfach redigiert hat. Sie bilden zusammen mit Briefen, Fotos und Dokumenten den Kern eines anspruchsvoll „Mein Leben“ betitelten Buches, das nach der Überzeugung des Herausgebers Frank Schumann ermöglicht, „diese vielschichtige und vielseitige Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts postum zu entdecken.“

Auch Margot Honecker hat auf den Plan ihrer Biographie durch Ed Stuhler – einen Freund des umstrittenen Wende-Begleiters der Honeckers, Reinhold Andert – mit der knappen Antwort reagiert, „daß ich für Ihr Projekt nicht zur Verfügung stehe.“ Auch nicht für eine Befragung: Stuhler zitiert sie mit der Äußerung, sie wolle keine Fragen von Autoren beantworten, „deren Absicht letztlich nur darin besteht, den Feldzug gegen den Sozialismus fortzusetzen.“ Das sei, beteuert Stuhler, auch nicht seine Absicht gewesen. Das können wir ihm ebenso wie Frank Schumann ohne weiteres glauben, wenn er am Ende seines Buches bekennt: „Die Idee des Sozialismus ist mit dem Ende der DDR und der anderen sozialistischen Staaten gewiß nicht gestorben – es ist letztlich die

Idee einer gerechteren Welt.“ Margot Honecker konzidiert er, wenigstens für die letzten zwei Jahre ihrer Amtsführung, für „das Ziel, den Sozialismus zu retten, zumindest einen Beitrag“ dazu geleistet zu haben. „Sie hat es wenigstens versucht, könnte man sagen.“

Das könnte man auch über die beiden Bücher sagen, die – jedes in seiner Weise – mehr vom politischen Standort ihrer Verfasser als von der Biographie der Porträtierten verraten. Im Falle Lotte Ulbrichts ist das fast selbstverständlich, denn ihr Buch besteht zu zwei Dritteln aus Freundesgrüßen und Fanpost („Ihr stets ergebener Peter Hacks“). Was die Freunde über ihr politisches Weltbild berichten, gleicht einem Holzschnitt: „Gorbatschow – ein Verräter, Castro – ein Idol.“ Bis zuletzt liest sie nur das *Neue Deutschland* – mit dem Rotstift in der Hand. Gysi hält sie für einen Winkeladvokaten, Kurt Hager für einen Lügner, weil er behauptete, Ulbricht sei zum Rücktritt gezwungen worden. Den habe er vielmehr Breschnew selbst angeboten. Daß er im geheimen mit Dubček sympathisiert habe, ist allerdings eine Legende, die der Herausgeber ohne Quellenangabe für „bezeugt“ hält.

Lotte Ulbricht selbst hat in den neun Seiten ihrer eigenen Aufzeichnung wenig mehr mitzuteilen als das Dementi ihres angeblichen Umzugs in die Schweiz und daß sie ihren Mann „politisch negativ“ beeinflusst habe. Nur beim Eislauf in Moskau 1935 habe sie ihm gezeigt, „warum seine Haltung beim Bogenfahren falsch sei und was er verändern müsse.“ Alles andere: Lügen und Verleumdung von Renegaten, Parteifeinden und unwissenden Parteifreunden. „Walter Ulbricht hatte nämlich die Angelegenheit, zu Hause über seine Arbeit nicht zu sprechen. Und die hat er bis an sein Lebensende beibehalten. Etwas, das ich gar nicht im Detail kannte – nämlich die politischen Überlegungen und Entscheidungen meines Mannes – konnte

ich weder politisch negativ noch positiv beeinflussen.“ Ja, sie war von 1948 bis 1953 auf eigenen Vorschlag seine persönliche Mitarbeiterin im ZK, aber das hatte im Gegenteil „für meine eigene politische Entwicklung große Bedeutung. [...] Natürlich habe ich Walter stets meine Meinung gesagt, wenn er sie wissen wollte.“ Beispiel: „Bevor die HO gegründet wurde, fragte er mich, ob die Bezeichnung Handelsorganisation oder Handelsgesellschaft heißen sollte. Ich war für Handelsorganisation, um die Erinnerung an die kapitalistische GmbH. zu vermeiden.“ Die ihr zugeschriebene Urhebererschaft für die Parole „Überholen ohne einzuholen“ bestreitet der Herausgeber; sie stamme vom Vorsitzenden des DDR-Wirtschaftsrates, Peter A. Thiessen; der freilich „unterhielt zu beiden Ulbrichts ein gutes Verhältnis.“ Anders als Margot Honecker, von der sie bis zuletzt vergeblich Post aus dem chilenischen Exil erwartete; ihr selbst zu schreiben, „gestattete ihr Stolz nicht.“

Auch Margot Honecker will übrigens zu Hause mit ihrem Mann nicht über das Politbüro gesprochen haben. Aber das geht selbst ihrem Biografen zu weit, der sie lieber gegen sie selbst in Schutz nehmen möchte: „Sie ist nicht der Typ gebildete Hausfrau, wie man das bei Politikern im Westen oft beobachten kann, kein Heimchen, das sich mit irgendwelchen Ehrenämtern zufrieden geben würde. Sie ist eine wache, kluge, politisch denkende und energische Frau, und es wäre unnatürlich, wenn sich Honecker nicht in vielen Fragen mit ihr beraten hätte. Ihre schon zitierte Behauptung, daß Politbürositzungen zu Hause tabu gewesen seien, ist völlig unglauwbüdig.“ Stuhler schenkt Margot Honecker nichts, gerade weil er das Bild dieser ungeliebten Zuchtmeisterin seiner Studienzeit an der Humboldt-Universität für die gute Sache des Sozialismus retten will. Sie ist für ihn einerseits – in boshafter Anspielung auf ihre damalige

Haartönung – die „blaue Eminenz“ der DDR, die zumindest deren Bildungspolitik bis zum Ende bestimmte. Gleichzeitig zitiert er genüßlich den letzten Bericht der Bundesregierung zur Lage der geteilten Nation mit der Feststellung, „daß die in der DDR früher erfolgte Bildungsexpansion und die konsequenten Bemühungen um einen beruflichen Abschluß für alle Jugendlichen der DDR-Bevölkerung einen Qualitätsvorsprung gegenüber der BRD eingebracht haben.“ Man könne Margot Honecker vieles vorwerfen, „nicht aber, daß ihr Kompetenz und ehrliches Bemühen gefehlt hätten.“ Von ihrem Mitarbeiter Klaus Korn will Ed Stuhler sogar erfahren haben, sie habe Mielkes Stasi aus den Schulen fernhalten wollen; sie werde „dem Genossen Mielke sagen, daß er seine Finger herauszulassen hat aus meinem Bereich.“ Markus Wolf zitiert er mit der Bemerkung, Mielke habe seinerseits in Margot Honecker „den absoluten bösen Geist“ gesehen. Entlastungszeugen oder ein Trio Infernal?

Stuhler selbst bekräftigt im Vorwort, „daß der Zeitzeuge der Feind des Historikers sei.“ Das hindert ihn nicht, gelegentlich auch die Masseurin der Ministerin als Kronzeugin zu bemühen oder Klatsch und Tratsch über ihre – wenig aufregenden – Männergeschichten auszubreiten. Und woher kommen die als kleine Sensation präsentierten Angaben über die legendäre erste Ehe ihres Mannes mit einer Gefängnisaufseherin, deren Namen und das Datum der Eheschließung er erstmals nennt – wenn er das im Buch präsentierte Dokument selbst als „Montage“ bezeichnet? Die angebliche – von Götz Berger behauptete – Scheidung der beiden Honeckers 1970 kann auch er nicht belegen. „Dokumente, die eine Scheidung beweisen, waren jedenfalls keine zu finden“, auch nicht als Montage. Viel interessanter sind denn auch die besser belegten Details aus dem politischen Leben der Ho-

neckers, darunter ihre Rolle bei der für die Kulturgeschichte der DDR schicksalhaften Inszenierung des 11. Plenums, bei dem die beiden Honeckers als Einpeitscher und Claqueure auftraten. Stuhler hat dafür den wichtigsten – inzwischen 74jährigen – Zeitzeugen Kurt Turba aufgetrieben, das erste Bauernopfer bei der Inthronisierung einer Kulturpolitik, deren prominentestes Opfer Wolf Biermann wurde. In seinem Fall waren sich die First und die Last Lady der DDR sogar einmal einig: „Kurt, du hast nichts begriffen!“ soll Lotte Ulbricht den einstigen Günstling ihres Mannes nach dem 11. Plenum angefaucht haben. Auch zu Wolf Biermanns Jugendfreundschaft mit Margot Feist-Honecker kann Ed Stuhler Konkreteres mitteilen als die aufgebauschten Legenden seines Freundes Reinhold Andert. Aber auch das sind private Details. Als Politikerin hat Margot Honecker im Zweifelsfall genauso borniert und nachtragend reagiert wie ihr Mann, wenn sie just nach Biermanns Ausbürgerung auch Frank Beyers und Jurek Beckers Film „Pause für Wanzka“ verhinderte – nach dem Roman des Lehrers Alfred Wellm, der es gewagt hatte, die Schulpädagogik der DDR zu kritisieren. Den Roman hatte sie schon beim Erscheinen 1968 als „revisionistisch“ bekämpft. Kommentar ihrer Masseuse: „Wer einmal bei ihr durch war, da war sie nachtragend, da hat sie schwer wieder einlenken können.“ So wird es wohl auch Ed Stuhler ergehen, obwohl Margot Honecker nichts mehr verhindern kann. Dabei hat er es gar nicht so schlecht mit ihr gemeint. Doch solange sie lebt, ist das letzte Wort über ihre Biographie nicht gesprochen; vielleicht will sie es selbst noch nehmen?

Hannes Schwenger

Jörg Siegmund: Opfer ohne Lobby? Ziele, Strukturen und Arbeitsweise der Verbände der Opfer des DDR-Unrechts. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2002, 192 S., 25 Euro.

Reiner Eppelmann legt schon in seinem Geleitwort den Finger in die Wunde: Die Opferverbände werden nur dann Gehör finden, wenn sie sich auf gemeinsame Ziele einigen und vor allem mit einer Stimme sprechen. Daß die Verbände weit davon entfernt sind, zieht sich wie ein roter Faden durch Jörg Siegmunds Buch. Das ist die eine Erkenntnis. Die andere: Siegmund selbst berichtet, daß er eher beiläufig auf das Thema „Opferverbände“ gestoßen sei. Und er bekennt, daß es vor allem die in Briefen geschilderten Verfolgungsschicksale gewesen seien, die sein Interesse weckten. Vorher habe er noch nie etwas von Opfervereinigungen gehört, und das, obwohl Siegmund, Jahrgang 1973, aus Erfurt stammt. Das sind die zwei Seiten einer Medaille: Einerseits Opfer politischer Repression, die sich untereinander schwer einigen können und wenig Gehör finden; andererseits Schicksale, deren Schilderungen auch Nachgeborene anrühren. Paßt das zusammen? Läßt sich aus den Verfolgungsschicksalen von damals nicht heute politisches Gewicht herleiten? Müßten nicht Politiker – vom Bürgermeister bis zum Bundeskanzler – den politisch Verfolgten einen Ehrenplatz zuweisen, weil sie in der Diktatur für Freiheit und Demokratie eingetreten sind?

Das Alltagsgeschäft in der Politik läßt sich kaum durch Gefühle beeinflussen – und seien sie noch so stark. Das mag manchmal anders sein – so in der Zeit der Wende und der deutschen Einheit. Damals haben viele Opfer politischer Willkür positive Erfahrungen gemacht – sei es mit dem öffentlichen Interesse für deren Schicksale, sei es mit dem Wohlwollen von Politikern für deren Forde-

rungen. Daran knüpften sich Hoffnungen. Doch Politik ist in der Regel ein nüchternes Geschäft. Keiner bekommt einen Ehrenplatz, jede gesellschaftliche Gruppierung setzt ihre Interessen mittels Einflußnahme durch, und für die meisten Politiker ist es nachrangig, welche Schicksale Verbandsvertreter vorzuweisen haben – in Gesetzgebungsverfahren geht es um die Stärke der Verbände und um die Schwierigkeiten, die sie den Regierenden machen können, und da ist der ADAC eben einflußreicher als etwa die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS). Siegmund räumt den theoretischen Grundlagen der Interessenvertretung in einer pluralistischen Gesellschaft breiten Raum ein und legt die strukturellen Defizite der Opfergruppen dar, insbesondere deren schwache Organisations- und Konfliktfähigkeit. Welche Partei läßt sich etwa von der Drohung beeindrucken, das Wahlverhalten zu ändern, die von einem Verband ausgesprochen wird, der nur ein paar tausend, dazu meist wenig einflußreiche Mitglieder hat?

Wohl gibt es trotz des oft vorgerückten Alters immer noch sehr viele Betroffene, doch die Interessen dieser Opfer sind zu verschiedenartig, und zu wenige finden den Weg in die Verbände. Überhaupt erweist sich der Begriff Opfer als viel zu große Schublade – es sind Widerständler, Oppositionelle, Enteignete, es sind auch zufällig in die Fänge von Stasi oder NKWD Geratene, es sind straffällig Gewordene, die zu überdurchschnittlich hohen Haftstrafen verurteilt wurden, es sind Antikommunisten, Sozialisten und Zeugen Jehovas, es sind Adlige, Intellektuelle, Arbeiter und Bauern – sie alle werden unter den Begriff Opfer subsumiert. Es ist eine heterogene Gruppe, mag sie auch von außen als homogen wahrgenommen werden – „homogenisiert“ wurde sie lediglich durch die Repression. Ein Enteigneter hat an den Gesetzgeber andere Forde-

rungen als der, der zu jahrelanger Zwangsarbeit verurteilt wurde, ein ehemals verfolgter Schüler hofft jetzt auf Bildungsmöglichkeiten, ein damals verurteilter Aufständischer vom 17. Juni auf eine Ehrenpension.

Hinzu kommen Konflikte zwischen den Betroffenen. „Wer aus politischen Gründen eingesperrt war, der hat das höhere Opfer gebracht“, zitiert Siegmund einen Verbandsvertreter. Moralisch mag das manchem wichtig sein, es mag auch zur Kameradschaft jener „höheren“ Opfer beitragen, für den Zusammenhalt zwischen allen Betroffenen ist eine solche Rangordnung Gift. Darüber hinaus kam es auch in diesen Verbänden zu Ost-West-Spannungen: Der eine Teil der Betroffenen ist seit Jahrzehnten in Westdeutschland organisiert, der andere hat sich erst nach 1989 im Osten zusammengefunden, um für seine Rechte einzutreten. Überdies seien gelegentlich im Westen Stimmen zu hören, daß die aktiven Widerständler in der Haftzeit zusammengehalten haben und durch Häftlingsfreikauf oder nach der Entlassung in den Westen gelangt seien, wo sie sich organisierten. Demgegenüber sei die andere Gruppe eher passiv zu Opfern geworden, hätten keine politischen Überzeugungen geteilt und seien auch nach der Haft in der DDR geblieben, wo mancher überdies eine SED-Karriere gemacht habe. So führte die Frage der Entschädigung zwischen östlichen und westlichen Betroffenen zu erheblichen Reibungen: Westdeutsche Verbandsvertreter hielten es für ausreichend, für die immateriellen Schäden wie zum Beispiel Freiheitsentzug entschädigt zu werden, einige ostdeutsche Vertreter forderten hingegen auch für materielle Schäden wie Lohnausfall einen Ausgleich, was ihnen den Vorwurf der Maßlosigkeit einbrachte. Solche Vorwürfe sowie das Gefühl, auch auf diesem Gebiet von westdeutschen Funktionären überstimmt zu werden, führten

dazu, daß im Osten vielfach neue Opferverbände gegründet wurden, anstatt sich den westdeutschen wie dem VOS anzuschließen. Fast unnötig zu erwähnen, daß diese Konfliktlinien auch zu Zerwürfnissen und Anschuldigungen zwischen einzelnen Verbandsfunktionären führten.

Daß diese Zersplitterung Lobbyarbeit und Einflußnahme nahezu erschwert, legt Siegmund anhand der Beteiligung der Verbände an verschiedenen Gesetzgebungsverfahren dar. Bei der Anhörung des Bundestags-Rechsausschusses zum Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vermochten es die Verbandsvertreter nicht, durchgängig mit einer Stimme zu sprechen und ihren Änderungsforderungen Gewicht zu verleihen. Geharnischte Kritik, überzogene Forderungen, emotionale Appelle und die Drohung, andere Parteien zu wählen, führten im Ergebnis dazu, daß das Gesetz im November 1992 in großen Teilen unverändert verabschiedet wurde. Bei den Verjährungsgesetzen für DDR-Unrecht im darauffolgenden Jahr macht Siegmund eine erstaunliche Beobachtung: Während die Gesetze nahezu ohne Einflußnahme der Opferverbände zustande kamen – es findet sich in den Quellen des Bundestages nur die Stellungnahme des Bundes der Stalinistisch Verfolgten (BSV), wurde in den Verbandszeitschriften im Vorfeld umfangreich über die Notwendigkeit dieser Gesetze berichtet.

Den geringen Erfolg der Lobbyarbeit leitet Siegmund aus der schlechten Finanzausstattung, der mangelnden Professionalität, der Vergangenheitsfixierung, der ungenügenden Medienpräsenz und der allgemein geringen Akzeptanz der Verbandsarbeit in der Öffentlichkeit her. Verbandsvertreter beklagen Unwissenheit und Interesselosigkeit im Westen, sowie DDR-Nostalgie im Osten. Die Bereitschaft, sich differenziert mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen,

ist schwach. Wer im Zeitalter von Filmen wie „Sonnenallee“ ein Gespräch über Bautzen II oder das Lager Mühlberg beginnen will, hat schlechte Karten. Darüber hinaus sind die Verbände überaltert. Die VOS macht sich keine Illusionen und stellt fest, bei der jetzigen Altersstruktur werde es sie in spätestens zehn bis zwanzig Jahren nicht mehr geben. Also wäre es zur Durchsetzung der Interessen dringend geboten, juristischen Sachverstand, professionelle Lobbyisten sowie Medienkompetenz einzuholen. Um die Vergangenheitsfixierung zu überwinden, schlägt Siegmund vor, daß sich Opferverbände aufgrund ihrer Erfahrungen lauter als bisher zu gegenwärtigen Fragen von Politik und Menschenrechten äußerten, wie etwa zur Situation auf dem Balkan oder in China oder aber zur Arbeitslosigkeit in Deutschland. Dadurch ließen sich außerdem strategische Allianzen finden. Diese Vorschläge lesen sich rührend, doch bei allem, was der Verfasser vorher zusammengetragen hat, weiß er wohl am besten, wie unrealistisch diese Empfehlungen sind. Es fehlt den Verbänden die Kraft. Die schwache Finanzausstattung und die Abhängigkeit von staatlichen Töpfen tut ein übriges. 42 Interessenverbände hat Siegmund aufzählt gemacht und im Anhang aufgelistet, von der gut organisierten Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) bis hin zur Vereinigung der Verfolgten des Stalinistischen Terrors in Deutschland, von der Siegmund offenbar nur recherchieren konnte, daß es sie gibt (oder gab), weder Adresse noch Telefon sind ihm bekannt. Die beiden größten Vereinigungen, der Bund der Stalinistisch Verfolgten (BSV) und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) verfügen über je rund 3 000 Mitglieder sowie über zwei, drei Angestellte. Allein diese Zahlen belegen, wie weit entfernt die Verbände von einer effizienten Arbeit sind.

Diese Marginalisierung führt zu Verbit-
terung und Frustration, zum Rückzug
ins Private und zu neuem Mißtrauen.
Siegmond, der seine Recherchen neben
Aktienstudium auf Fragebögen und In-
terviews mit Verbandsvertretern stützte,
berichtet von der Mühe, von den Be-
troffenen Auskünfte und Zahlen zu er-
halten, obwohl das Thema bei vielen auf
großes Interesse stieß. Angesichts der
Altersstruktur scheinen die Probleme in
den Verbänden unlösbar und sind ein
unfreiwilliger und tragischer Epilog auf
das Unrecht in SBZ und DDR, das die
betroffenen Menschen nicht zur Ruhe
kommen läßt und bis heute kränkt. Eine
professionelle Distanz zu ihrer Sache ist
ihnen unmöglich. Erlebtes Unrecht ver-
letzt weiter. Siegmunds Buch ist eine
detailreiche Quelle für alle, die sich über
Geschichte und Arbeit der Opferverbän-
de informieren wollen. Allerdings wirkt
es schon wie ein Nachruf auf die Arbeit
der Opferverbände und dürfte dort den
Eindruck gesellschaftlicher Marginali-
sierung noch verstärken.

Thomas Gerlach

**Reinhard Grimmer/Werner Irmeler/
Willi Opitz/Wolfgang Schwanitz
(Hg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrrar-
beit des MfS. Mit einem Plädoyer von
Peter-Michael Diestel. 2 Bände. editi-
on ost im Verlag Das Neue Berlin,
Berlin 2002, 1248 S., 54 Euro.**

Wenn führende Geheimdienstmitarbei-
ter a. D. über ihre ehemalige Tätigkeit
und „Firma“ berichten, erwartet die inte-
ressierte Leserschaft eine spannende,
viele bisher unbekannte Fakten und De-
tailinformationen offerierende Lektüre.
Die vorliegende Ausarbeitung von elf
Generälen und neun Obersten des MfS
enttäuscht aber nicht nur in dieser Hin-
sicht.

Das voluminöse, zweibändige Werk, das
als umfassende Überblicksdarstellung
angelegt ist, enthält bis auf wenige Aus-

nahmen, die man mit der sprichwörtli-
chen Lupe suchen muß, keine wesent-
lich neuen Erkenntnisse über die „Ab-
wehrrarbeit des MfS“. Mehr noch, zum
großen Teil bleibt es hinter dem erreich-
ten Informations- und Forschungsstand
weit zurück.

Im Gegensatz zu den ausführlichen Ab-
handlungen über die Aktivitäten der
vermeintlichen und wirklichen Gegner
beschränken sich die Autoren beim
DDR-Staatssicherheitsdienst vielfach
auf langatmige Darstellungen von Ab-
teilungsstrukturen (z.B. Bd. 1, S. 414ff.)
sowie der Gesetzes- und Befehlslage,
die kritisch kommentiert auch in den
Publikationen der „Gauck-“ bzw.
„Birthler-Behörde“ enthalten sind. Fall-
schilderungen sind meist nach folgen-
dem Schema abgefaßt: Staatsfeindliche
Handlungen und Pläne der bearbeiteten
Person oder Personengruppe – Verhaf-
tung – Gerichtsurteil. Wie die einzelnen
Struktureinheiten des MfS ihre Operati-
onen geplant, vorbereitet und durchge-
führt haben, wird bewußt verschwiegen.
Das gleiche gilt auch für das Agieren
der hauptamtlichen und inoffiziellen
Mitarbeiter. Nicht wenige Beiträge sind
bezüglich des MfS vollkommen entper-
sonifiziert. Ein angeblicher Ehrenkodex
verbietet den Verfassern sogar die na-
mentliche Erwähnung von längst be-
kannten Abteilungsleitern und anderen
führenden Geheimdienstoffizieren. In
diesem Zusammenhang fällt auch auf,
daß in keinem der Artikel näher auf die
Person Wilhelm Zaissers, Ernst Woll-
webers und Erich Mielkes eingegangen
oder deren Rolle in der Staatssicherheit
behandelt wird. Bis auf wenige Aus-
nahmen sind die ehemaligen DDR-
„Schlapphüte“ in ihrem Buch nicht dazu
bereit, rückblickend ihre Berufspraxis
kritisch zu reflektieren. An „Irrtümern“,
Mißerfolgen und der endgültigen Nie-
derlage 1989/90 sind in erster Linie Feh-
ler und mangelnde Unterstützung der
Partei- und Staatsführung sowie der

Verrat der Sowjetunion unter Michael Gorbatschow schuld. Daß zum Beispiel auch solche Aktionen wie das maßlose Vorgehen des MfS auf Grundlage des Artikel 6 der DDR-Verfassung („Boykotttsetze“) in den 50er Jahren (Bd. 1, S. 621ff.; Bd. 2, S. 484ff.) sowie die permanente Kriminalisierung Andersdenkender und Ausreisewilliger die aktive politische Gegnerschaft großer Bevölkerungsgruppen gefördert oder erst hervorgerufen hatten, liegt außerhalb des Bewußtseinshorizonts der Autoren. Bei einer solchen Denkhaltung ist es auch nicht verwunderlich, daß sie sich bewußt dagegen sperren, die Sicht der „Stasi-Opfer“ wahrzunehmen und sich mit der „Betroffenenliteratur“ auseinanderzusetzen. Anderenfalls hätte man sich unter anderem zu Übergriffen in der Untersuchungshaft, Manipulierung von Strafprozessen, zu Menschenraub, Hinrichtung von Verrätern und Handlangerdiensten für den sowjetischen Bruderdienst sowie zu geplanten oder ausgeführten Mordversuchen äußern müssen. Alles Themen, die im Sammelband keine Widerspiegelung finden. In diesem Kontext wäre es auch sehr problematisch gewesen, das MfS immer wieder als „Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgan der DDR“ zu bezeichnen.

Ein Hauptanliegen des Buches ist es, das Vorgehen des ostdeutschen Geheimdienstes zu rechtfertigen und für seine Mitarbeiter eine politisch-moralische Rehabilitierung in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zu befördern. Dazu dienen insbesondere ausführliche Abschweifungen über das oft kritikwürdige Agieren deutscher und US-amerikanischer Geheimdienste in der Gegenwart und über für Staatssicherheitsmitarbeiter positiv verlaufende juristische Prozesse.

Bemerkenswert ist weiterhin, mit welchen Quellen und mit welcher Sekundärliteratur die 20 Autoren ihre Darstellungen und Argumentationen belegen

bzw. untermauern. Die Schilderungen des Gegners stützen sich vielfach auf die Auftragswerke von Julius Mader (Bd. 1, S. 316) und die teilweise während der MfS-Untersuchungshaft entstandenen Unterlagen (Geständnisse, Gutachten, Prozeßvorschläge usw. Bd. 2, S. 450f.) für die Verhandlungen vor dem Obersten Gericht der DDR. Wahrscheinlich ist den Staatssicherheitsmännern immer noch nicht klar, daß Propagandapublikationen nicht unbedingt dem Anliegen verpflichtet sind, die historische Wahrheit zu verbreiten. So heißt es in einem der zitierten Pamphlete über eine „Republikflucht“, bei der ein 14jähriger Junge von DDR-Grenzern lebensgefährlich verletzt wurde: „Am 23. Mai 1962 beschoß die Westberliner Polizei mit Schnellfeuerwaffen am Spandauer Schifffahrtskanal aus etwa 40 m Entfernung Angehörige der Grenztruppen der DDR, als diese jemanden festnahmen [sic !]. Der Unteroffizier Peter Göring wurde dabei ermordet, ein zweiter DDR-Grenzsoldat [...] schwer verletzt.“ (S. 285) Eine Zumutung ist es, wenn sogar Aussagen von Personen (Heinz Kühne, Wilhelm Lohrenz) herangezogen werden, die nachweislich durch massiven Zwang und Folter in sowjetischer Untersuchungshaft zustande gekommen sind. (Bd. 1, S. 598; Bd. 2, S. 573)

Dagegen sind die fundierten und auch von Wissenschaftlern anerkannten Arbeiten des Entführungsofers Karl Wilhelm Fricke den Verfassern keine Fußnote wert.

An vielen Stellen in den beiden Bänden werden die historischen Geschehnisse falsch oder verzerrt dargestellt, verschleiernde Halbwahrheiten verbreitet und neue Legenden geschaffen.

So behauptet Siegfried Rataizik, ehemaliger Leiter der Abteilung XIV (Untersuchungshaftvollzug), daß das MfS 1951 das zentrale Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen

vom sowjetischen Geheimdienst „leer“ übernommen und sofort eine Vergrößerung der dort vorhandenen „Verwahräume, Fenster und Türen“ veranlaßt habe. (Bd. 2, S. 501) Das in der unmittelbaren Nachbarschaft des „U-Boots“ gelegene Haftarbeitslager des MfS (1952-1974) wird bei ihm als „größeres Strafgefangenen-Arbeitskommando“ bezeichnet. (Bd. 2, S. 513) Daß die Häftlinge des „Lagers X“ unter anderem Untersuchungsanstalten für einige Bezirksverwaltungen entwerfen und bauen, Geheimdienstutensilien fabrizieren sowie Vorrichtungen zum Öffnen von Briefen herstellen mußten, ist kein Thema für Oberst Rataizik.

Ungeachtet all dieser aufgelisteten Kritikpunkte ist Peter - Michael Diestel in seinem Vorwort jedoch der festen Auffassung, daß der vorliegende Sammelband der MfS-Mitarbeiter, denen er Fairneß und Ritterlichkeit bei der Darstellung der einstigen Feinde bescheinigt, wissenschaftlichen Ansprüchen genügt.

Peter Erler

Anja Mihr: Amnesty International in der DDR: Der Einsatz für Menschenrechte im Visier der Stasi. Christoph Links Verlag, Berlin 2002 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), 332 S., 24,90 Euro

Anja Mihr schildert in *Amnesty International in der DDR* zum ersten Mal ausführlich einen größeren Teilbereich der weltweiten Arbeit der Organisation. Das materialreiche Buch ist aus einer Dissertation an der Freien Universität Berlin hervorgegangen. Die Autorin kommt zu dem meines Erachtens zutreffenden Ergebnis, daß derzeit nichts dafür spricht, die Bemühungen von Amnesty könnten den DDR-Gefangenen geschadet haben. Daran ändert auch der Fall eines Ehepaars nichts, das ausdrücklich unter Hinweis auf die Aktivitäten von Amnesty erst ein paar Monate später als ursprünglich vorgesehen auf dem Wege des „Freikaufs“ entlassen wurde. Damit sollte zwar die Bundesregierung moralisch unter Druck gesetzt werden, es blieb aber ein Einzelfall. Wichtiger war, daß das Aufsehen, das die Aktionen von Amnesty im Ausland aber auch in Regierungskreisen der DDR erregten, für viele Gefangene einen gewissen Schutz darstellte, auch wenn sie persönlich davon in aller Regel erst nach ihrer Entlassung im Westen erfuhren. Die Häftlinge für die sich Amnesty einsetzte, zum großen Teil Republikflüchtlinge und Antragsteller auf Ausreise, entsprachen sicherlich nur selten dem Ideal des politischen Gewissenstäters, der den Gründern von Amnesty als besonders schutzbedürftig vorgeschwebt hatte. Dennoch haben auch diese Menschen ihren Beitrag zum Niedergang und unrühmlichen Ende der DDR geleistet. So untersucht Anja Mihr auch wesentliche Aspekte des Kalten Kriegs in Deutschland und beleuchtet dabei einige immer noch geheimnisumwitterte Komplexe der Deutschlandpolitik und der handelnden Personen.

Amnesty International zählt zu den ältesten und bekanntesten NGO. Sie wurde 1961 in Großbritannien von einem Rechtsanwalt mit dem Ziel gegründet, politische Gefangene und ihre Angehörigen in aller Welt zu betreuen und durch Eingaben an verantwortliche Stellen und eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit ihre Freilassung oder wenigstens bessere Haftbedingungen zu erreichen. Dabei ist gleichgültig, aus welchen politischen Gründen jemand inhaftiert ist. Entscheidend ist, daß der Gefangene aus Gewissensgründen gehandelt und keine Gewalt bei der Durchsetzung seiner politischen Ziele angewendet hat. So setzte sich Amnesty International nicht nur für politische Gefangene im Ostblock, sondern auch für Kommunisten in Westeuropa und in der Dritten Welt ein.

Letzteres hinderte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR nicht daran, die neue Organisation, deren Mitglieder sich mit ihren Anliegen im Interesse bestimmter Gefangener bald auch an Staats- und Parteistellen der DDR wandten, schon frühzeitig in die Reihe der Staatsfeinde einzuordnen und entsprechend zu bearbeiten. Bereits 1962 richtete das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR eine Anfrage über Amnesty International an das sowjetische Außenministerium und erhielt die Antwort, Amnesty sei „eine westliche Organisation und gegenüber den sozialistischen Staaten feindlich gesinnt.“ Die Sowjetunion unterhalte „keinerlei Kontakte zu der Organisation.“ Das genügte und bestimmte bis zum Ende der DDR ihr Verhalten gegenüber Amnesty. Alle Eingaben der Organisation wurden als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR betrachtet. Keine staatliche oder Parteistelle durfte sie beantworten oder bestätigen. Natürlich auch kein Rechtsanwalt. Aber auch in der DDR waren nicht alle gleich. Ein Rechtsanwalt bestätigte doch eingehende Anfragen und gab manch-

mal sogar knappe Auskünfte, etwa ob ein Gefangener verurteilt wurde oder gar bereits entlassen war: Wolfgang Vogel. Der Strafverteidiger mit Dauervisum für den Westen Deutschlands gab seine diesbezügliche Post immer in Westberlin auf. 1965 besuchte Vogel „als Privatmann“ sogar das Londoner Internationale Sekretariat und ließ sich das AI-Büro zeigen und die Vorgehensweise von Amnesty erklären. Bei allen Kontakten mit der Organisation war es sein Anliegen, öffentlichkeitswirksame Aktionen von Amnesty möglichst zu verhindern.

Die DDR-Häftlinge betreuenden Gruppen von Amnesty in rund 30 Ländern bekamen ihre „Adoptions“-Fälle von der Zentrale in London zugewiesen. Entsprechend den Grundsätzen von Amnesty, wonach niemand Gefangene im eigenen Land betreuen durfte, erhielten Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland keine Fälle in der DDR. Amnesty International wollte nicht in den Verdacht geraten, sich in innenpolitische Streitigkeiten einzumischen. Das ist der Organisation zwar im Falle der DDR gründlich mißglückt, hat aber dazu geführt, daß die Gruppen außerhalb Deutschlands große Schwierigkeiten hatten, auch nur die nötigsten Informationen über politische Gefangene in der DDR und die Umstände ihrer Inhaftierung zu erhalten. Dann mußten sie sich doch an deutsche Stellen wie den Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen in West-Berlin und, nach 1969, an das Gesamtdeutsche Institut, die nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (BMB), wenden, wo man eine Kartei der aus politischen Gründen in der DDR Inhaftierten führte und über relativ viele Informationen zu Haftgründen, Strafmaß, Gesundheitszustand und Aufenthaltsort sowie etwaige Angehörige in Ost oder West verfügte.

Die Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses, der im Gesamtdeutschen Institut aufging, hatten nie Bedenken, Amnesty International bei der Beschaffung von Informationen über politische Häftlinge in der DDR zu unterstützen. Vielleicht würde ja die DDR-Führung doch durch öffentliche Proteste im Ausland zu beeindrucken sein. Daran änderte sich nichts, als sie 1969 Bundesbedienstete wurden. Inzwischen hatte allerdings der „Freikauf“ von politischen Gefangenen, der schon 1964 begonnen hatte, größere Dimensionen erreicht und war für die DDR-Führung ein wesentlicher Devisenbringer geworden. Da es offiziell ein Geheimnis war und auch bleiben sollte, daß sich die DDR, die angeblich gar keine politischen Häftlinge, sondern nur Kriminelle kannte, dieser durch Verkauf an den Klassenfeind entledigte, übten die Verhandlungsführer der DDR erheblichen Druck auf das BMB aus. Das Gesamtdeutsche Institut sollte an einer Zusammenarbeit mit Amnesty gehindert werden, denn diese konnte das für die DDR lukrative Geschäft nur stören.

Das BMB machte sich in den 70er Jahren die DDR-Argumentation gegenüber seiner nachgeordneten Behörde zu eigen, die allerdings Weisungen so lange wie möglich zu ignorieren trachtete. Anja Mihr dokumentiert den einschlägigen Schriftwechsel. Schließlich war es Amnesty International peinlich, Ursache einer hochpolitischen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Bundesministerium und seiner nachgeordneten Behörde zu sein. Es wies seine Gruppen an, das Gesamtdeutsche Institut nicht mehr mit Anfragen in Verlegenheit zu bringen. Erst 1984, als der neue Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, Schweden besuchte, erhielt die dortige DDR-Koordinierungsgruppe von Amnesty seine Zusage, daß in Zukunft wieder Anfragen vom Gesamtdeutschen Institut beantwortet wer-

den durften. Dennoch befürchtete man im BMB bis zum Ende der DDR, daß die Publizität, die Amnesty den von ihr betreuten Fällen verschaffte, den „besonderen Bemühungen“ der Bundesregierung schaden könnte.

Eine kritisch durchgesehene zweite Auflage wäre Anja Mihrs Buch zu wünschen. Dabei müßten Flüchtigkeitsfehler und Ungenauigkeiten beseitigt werden: Ludwig Rehlinger war zum Beispiel nicht Ministerialdirektor sondern Ministerialrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, danach von 1969 bis 1971 der erste Präsident des Gesamtdeutschen Instituts; nach 1982 war er dann Staatssekretär im BMB. Walter Priesnitz war dort nicht nur Ministerialdirektor sondern als Nachfolger Rehlingers ebenfalls Staatssekretär (S. 11). Der Referatsleiter Klaus Plewa im BMB stand nicht im Range eines Ministerialdirektors (S. 54). Das Gesamtdeutsche Institut wurde nicht vom BMB „finanziell gefördert“, sondern hatte als Bundesanstalt einen eigenen Titel im Bundeshaushalt (S. 48). Zu den Rechtsanwältinnen, die von der Bundesregierung beauftragt wurden, sich um die Verteidigung von Gefangenen in der DDR zu kümmern, zählte Ülo Salm, nicht Solm (S. 63). Erich Loest wurde zu 7 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt (S. 186, Anm. 275). Roland Jahn wurde 1982 und nicht 1983 in Jena festgenommen (S.196). Wolfgang Welsch stammte nicht „aus West-Berlin“ und saß 1970 in Brandenburg auch nicht wegen Fluchthilfe ein; Fluchthelfer wurde er erst nach seiner Entlassung (S. 233).

Detlef Kühn

Anmerkung der Redaktion: Der Rezensent war von 1972 bis 1991 Präsident des Gesamtdeutschen Instituts.

Markus Trömmer: Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit. Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED-) PDS im letzten Jahr der DDR. Verlag Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M. 2002, 328 S., 37,30 Euro.

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, zeigten sich prominente DDR-Oppositionelle entsetzt. Intuitiv befürchteten sie, daß ihre kurze Gastrolle auf der Bühne der deutschen Geschichte nun zu Ende sein würde. Sie sollten recht behalten. Im Sog der Ereignisse bis zur deutschen Vereinigung knapp ein Jahr später wurden sie gleichsam an den Rand gespült.

Inzwischen sind viele Bücher über die Rolle der DDR-Opposition in der Endphase der DDR erschienen, zumeist von Akteuren oder Sympathisanten verfaßt. Der persönliche oder wissenschaftliche Rückblick gerät dabei nicht selten in Gefahr, oppositionelle Personen und Gruppen idealisiert darzustellen. Vor allem das Verhältnis der Opposition zum Sozialismus als Idee, zur deutschen Einheit, aber auch zur SED/PDS wird häufig tabuisiert oder weichgezeichnet. Markus Trömmer widersteht dieser Versuchung und gibt ein weitgehend realistisches Bild der Oppositionsgruppen wieder.

Eingangs skizziert Trömmer die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen, die Motive und die eher vagen und bisweilen diffus geratenen programmatischen Vorstellungen und Ziele der wichtigsten Oppositionsgruppen. Deutlich wird schon in der Formierungsphase im Herbst 1989 die Bandbreite der DDR-Opposition, die von Radikalökologen über orthodoxe Marxisten bis hin zu Bürgerrechtlern reicht. Die meisten waren sich einig in der Ablehnung der SED-Diktatur, des westdeutschen Gesellschaftsmodells sowie in der Forderung nach Erhalt der DDR. Vor allem aber

träumten sie von einer Renaissance des Sozialismus in einer demokratischen und humanen Form.

Die Opposition war stärker von Persönlichkeiten als von Programmen geprägt, was sich laut Trömmer als Stärke und Schwäche zugleich erwies. Die über die Westmedien prominent gewordenen Oppositionsführer konnten weitgehend pragmatisch und massenmobilisierend agieren, aber nicht zuletzt ihre Eitelkeiten und Antipathien verhinderten die Entstehung einer großen geeinten Oppositionsbewegung, die einen Machtanspruch hätte formulieren können. So blieb ihr nur die Rolle des Ferments in den sich schnell überschlagenden Ereignissen des Herbstes 1989.

Im Gefolge der Absetzung des langjährigen Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, und des kurzen Intermezzos von Egon Krenz vollzog die SED im Dezember einen personellen, organisatorischen und programmatischen Wandel. Die neuen starken Männer Gysi und Modrow hielten zwar am Sozialismus fest, wollten ihm indes eine demokratische Gestalt geben. Das Verhältnis zur Opposition entspannte sich zumindest von seiten der neuen Parteispitze, und man erhoffte sich über den Dialog und punktuelle Kooperation eine Imageverbesserung. Dieser Kurswechsel fand zwar an der Parteibasis kaum Zustimmung, aber die jahrzehntelange Einübung von Disziplin verhinderte das Aufbrechen von Widersprüchen und sicherte die Einheit der Partei.

Die Mehrheit der Oppositionellen blieb auch gegenüber der gewandelten SED/PDS mißtrauisch, zu unterschiedlich waren Prägungen und soziales Milieu. Nur wenige wie Friedrich Schorlemmer betonten immer wieder, daß eine Reform der DDR ohne eine erneuerte SED nicht möglich sein werde. In einem Punkt waren sich Oppositionelle und Herrschende einig: in der Ablehnung der Vereinigung. Im Aufruf „Für unser

Land“ wie auch schon in einer am 8. November von Christa Wolf im DDR-Fernsehen verlesenen Erklärung forderten kritische wie systemimmanente Geister: „Helfen Sie uns, eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu gestalten, die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt.“

Die Berührungängste wichen langsam, wozu der Runde Tisch und vor allem der Eintritt der Opposition in die von Modrow geführte „Regierung der nationalen Verantwortung“ im Januar 1990 beitrugen. Nachdem die Auflösung des MfS nach vielem Hin und Her etwas in den Hintergrund getreten war, kamen Gemeinsamkeiten in sozialen Fragen und im Kampf um den Erhalt der DDR stärker zum Vorschein. Für große Teile der Opposition war nicht mehr die sich nun PDS nennende alte diktatorische Staatspartei der Hauptgegner, sondern die Kohl-Regierung und die sie unterstützenden Parteien.

Im Vorfeld der Volkskammerwahlen im März 1990 wurden die Gräben trotz der Bildung eines (Wahl-)Bündnis 90, dem ein Großteil der Gruppen angehörte, noch tiefer. Während die Mehrheit weiterhin auf eine Reform des Sozialismus setzte, plädierten der Demokratische Aufbruch oder die neugegründete Sozialdemokratische Partei nun für die (schnelle) Vereinigung und eine weitgehende Orientierung am westlichen Modell. Ein Vergleich der Programmaussagen führt Trömmer zu dem Ergebnis, daß es mehr Differenzen zwischen Oppositionsgruppen selbst gab als zwischen bestimmten Teilen der Opposition und der PDS.

Die punktuellen Gemeinsamkeiten zwischen ehemaliger Opposition und ehemaliger Herrschaftspartei setzten sich in der Volkskammer und im Bundestag fort. Anlässlich der Bundestagswahl waren Teile des Neuen Forums sogar bereit, mit der PDS ein Wahl- bzw. Personenbündnis zu bilden, wozu es jedoch

letztlich nicht kam. In der Kritik am Verlauf des Vereinigungsprozesses rückten Antipoden von einst noch enger zusammen – so zum Beispiel in der „Erfurter Erklärung“. In Sachsen-Anhalt ließ sich eine Koalition von SPD und Bündnis-Grünen sogar von der PDS tolerieren und ermöglichte dieser dadurch den Einstieg in das ostdeutsche Regierungsgeschäft. Nun kam zusammen, was ehemals nicht zusammengehören wollte.

Trömmers Buch gibt einen guten Einblick in das Innenleben der immer schon zersplitterten und unterschiedlich ausgerichteten Opposition, zeichnet erstaunliche Kontinuitätslinien anhand einzelner prominenter Oppositioneller nach und zeigt die Sozialismus-Affinität der meisten Gruppen. Über einige seiner Einschätzungen, etwa zum SED-SPD-Papier von 1987, zur Rolle der Kirche oder zu den vermeintlichen Reformkräften in der SED kann gestritten, über Leerstellen im Buch wie zur Bedeutung des MfS innerhalb der Opposition oder zu ihrem sozialen und kulturellen Milieu muß weiter geforscht werden.

Klaus Schroeder

Erich Hahn: SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989. edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2002, 280 S., 14,90 Euro.

Rolf Reißig: Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Campus Verlag, Frankfurt a. M./New York 2002, 449 S., 29,90 Euro.

Karl Seidel: Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten. edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2002, 440 S., 19,90 Euro.

Dem Frieden zuliebe fanden in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts einige tausend Zusammenkün-

te von Repräsentanten und Mitgliedern der beiden größten deutschen Staatsparteien statt. Erich Hahn und Rolf Reißig nahmen an einigen davon teil und erinnern sich nun auf unterschiedliche Weise daran, was sie eigentlich wollten und was daraus am Ende geworden ist. Insgesamt siebenmal traf sich vom Februar 1984 bis zum April 1989 ein Gesprächskreis von ost- und westdeutschen Parteifunktionären zum Dialog über Frieden, Fortschritt, Geschichte und Menschenrechte. Der eine Teil des Gesprächskreises gehörte zur Grundwertekommission der SPD, und der andere war in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED angestellt. Schon nach vier Treffen einigten sich die beteiligten Ost- und Westideologen auf ein gemeinsames Papier, das den Titel trug: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“.

Erich Hahn spricht im Rückblick auf die für ihn ereignisreichen Zusammenkünfte vom „Dialog zwischen SED und SPD“, während sein damaliger Mitstreiter Rolf Reißig es umgekehrt sieht und die Angelegenheit als „SPD-SED-Dialog“ charakterisiert. Das ist – liest man beider Zeitzeugen Darstellungen – keineswegs nur eine marginale Frage. Nach Reißigs Interpretation ging „die unmittelbare Initiative für die Aufnahme von ‚Partei-gesprächen‘“ von Willy Brandt aus. Brandt habe nach dem Verlust der Regierungsmacht 1982 einen vertraulichen Brief an Erich Honecker geschrieben und vorge-schlagen, „zusätzlich zu den offiziellen Regierungskontakten zwischen Bonn und Berlin flankierende Parteigespräche aufzunehmen“. Brandt habe damit verhindern wollen, „daß die von ihm eingeleitete Entspannungspolitik auch nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch Helmut Kohl ins Stocken geriete“. Der Entwurf des erwähnten Brandt-Briefes stammte von Günter Gaus. Selbiger erklärte im März 2000 gegenüber Reißig treuherzig, daß

Brandt mit diesem Schritt „keine Nebenaußenpolitik installieren“ wollte. Erich Hahn gewichtet hingegen die Ursprünge der parteioffiziellen Beziehungsaufnahme anders und zutreffender. Die im November 1982 vom SED-Politbüro beschlossenen Parteibeziehungen zur SPD gehen nach seiner Interpretation auf langfristige Bemühungen zurück, „vorbereitet unter anderem durch Herbert Häber als Leiter der Westabteilung des ZK seit 1973“. Ohne Zweifel haben Häbers rastlose Rundreisen als Honeckers Emissär im Westen dem späteren parteioffiziellen Dialog den Boden bereitet. Häber führte in den 70er Jahren unzählige Gespräche mit westdeutschen Parteipolitikern, worunter sich auch nahezu alle damals maßgeblichen Sozialdemokraten befanden. Ohne Zweifel hat auch Honeckers Sonderbeziehung zu Herbert Wehner ihren Teil zum Zustandekommen der Parteibeziehungen beigetragen. Doch auch von Seiten der SPD wurden die Fühler zu offiziellen Parteibeziehungen weit früher ausgestreckt, als Reißig das – gestützt auf die Prahlereien von Günter Gaus – glaubt. Schon im Januar 1979 berichtete Erich Honecker dem KPdSU-Politbüromitglied Boris Ponomarjow, Brandt habe schon zu einem früheren Zeitpunkt vorgeschlagen, offizielle Parteibeziehungen aufzunehmen. „Jetzt stellen Ehmke und Bahr die gleiche Frage. Die DDR strebt nach normalen Beziehungen zur BRD, und es ist gut bekannt, wodurch diese Beziehungen immer wieder belastet werden. Aber die Beziehungen mit der SPD wollen wir nicht herstellen.“ Man werde Brandt mitteilen, „daß unseres Erachtens der Zeitpunkt für die Aufnahme von Beziehungen noch verfrüht wäre“. Der richtige Zeitpunkt aber war erreicht, nachdem die SPD aus der Bundesregierung ausgeschieden war und Helmut Schmidts transatlantisches Konzept in der SPD keine Mehrheit mehr hatte. „Was die Parteibeziehungen anbelangt“, sagte

SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jochen Vogel Anfang Dezember 1982 zum SED-Politbürokraten Joachim Herrmann, „könne man jetzt, wo die SPD keine staatliche Verantwortung trage, einen unmittelbaren Kontakt herstellen“. Soweit die Quellen es offenbaren, hatte der Dialog der beiden linken Staatsparteien viele Väter und eine lange Vorgeschichte. Die sieben Gesprächsrunden von Parteileuten aus der SPD-Grundwertekommission und der SED-Akademie schufen im Zusammenhang der Annäherung durch Wandel auf beiden Seiten freilich eine neue Qualität, woran sich manche der Beteiligten nur ungern erinnern möchten. So versuchte Erhard Eppler, bald nachdem seine früheren Dialogpartner schmählich in die Bedeutungslosigkeit abgestürzt waren, die überbordende Betonung des Friedenswillens im gemeinsamen Papier schlicht als „Friedenslyrik“ abzutun, die man der SED-Seite zugestanden habe. Wie sehr er mit dieser sarkastischen Geschichtsbegradigung in die Irre deutete, war erst dieser Tage wieder zu erleben. Das gemeinsame Mißtrauen gegen die Politik der Vereinigten Staaten war die eigentliche Folie, vor der das Ideologiepapier in den 80er Jahren entstanden ist. Dieser Grundvoraussetzung entsprang angesichts der Irakintervention jetzt eine sozialdemokratische „Friedenslyrik“, die den damaligen Text bei weitem in den Schatten stellte und sogar der Anti-Kriegs-PDS keinen Raum mehr für eigene Manöver ließ.

Doch zurück zu den Zeiten, als die deutsche Sozialdemokratie sich noch mit der SED um die „gemeinsame Sicherheit“ mühte. Erich Hahns Darstellung bietet im Blick auf das damalige Geschehen – obgleich sie einer dogmatischen Perspektive verhaftet bleibt – den ungemeinen Vorzug, daß sie den Verlauf von sieben Zusammenkünften der SPD-Grundwerte- und SED-Akademiedelationen anhand von damaligen Auf-

zeichnungen haarklein und nur selten haarspalterisch rekonstruiert. Erst am Ende der einzelnen Kapitel über das jeweilige Seminar fügt der Autor seine eigenen Ansichten „aus heutiger Sicht“ hinzu. Reißig hingegen legt mehr Wert auf die Gesamtschau, auf das Drumherum, auf Wirkungen, Deutungen und auf den Nachweis, daß das gemeinsame Parteiendokument „den gesellschaftlichen Wandel beförderte“ und deswegen zur „(Vor-)Geschichte der Wende in der DDR“ gehöre. Er kontextualisiert das von ihm mitverfaßte Papier sogar reichlich kühn als „Intervention von Intellektuellen in Abläufe und Gestaltungsweisen der Politik, der Organisation gesellschaftlicher Diskurse und politischer Öffentlichkeit“. Bei Hahn hängt die Sache deutlich tiefer. Für ihn markierte der SED-SPD-Dialog einen „wichtigen Schritt zur politischen Anerkennung der SED durch die SPD“, was er rückblickend als einen „zeitweise erfolgreichen Versuch von Vertretern zweier politischer Bewegungen“ bewertet, „miteinander kulturvoll über Grundsatzfragen zu sprechen“.

In der Kunst, „kulturvoll über Grundsatzfragen zu sprechen“, übte sich im deutsch-deutschen Gespräch gut 20 Jahre lang auch Karl Seidel, der von 1970 bis 1990 die „Abteilung BRD“ im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR leitete. In Seidels Erinnerungen spielt das gemeinsame Dialogpapier keine Rolle. Seidel ist weniger Ideologe, sondern weit mehr ein diplomatischer Buchhalter seines untergegangenen Staates. Akribisch verzeichnet er die List und Tücken der zahllosen deutsch-deutschen Verhandlungsmarathons, die Verantwortungsebenen auf SED-Seite sowie die entscheidenden und ausführenden Personen. Seidel hätte wohl kaum einen Satz schreiben können, wie er sich in Hahns Dialogfazit findet: „Der Bereich der Ideologie muß nicht ausgeklammert werden, wenn es

um politische Gemeinsamkeiten geht.“ Für das Metier, dem sich Karl Seidel seit 1970 widmete, galt in etwa das Umgekehrte. Wenn sich Seidel in den Verhandlungen mit den Vertretern der Kanzlerämter Brandt, Schmidt und Kohl auf einen „Streit der Ideologien“ kapriziert hätte, wäre er völlig fehl am Platze gewesen. Denn nur unter oft trickreicher Ausklammerung der reinen Lehre konnte manches deutsch-deutsche Abkommen aufs gemeinsame Vertragspapier gebracht werden. Über die vielen Kunstgriffe, derer man sich beiderseits dabei bediente, handelt Seidels Buch – zu großen Teilen jedenfalls. Gleichwohl ist es aus einer ideologiesatten Perspektive verfaßt, die nicht nur vom „Bekenntnis zum Sozialismus“ – wie Seidel schreibt –, sondern auch „zu diesem Staat“ durchtränkt ist sowie von einem Bekenntnis zur SED: „Die Partei war meine politische Heimat seit meinem 18. Lebensjahr. Ich trat ihr als Zimmermannslehrling nicht aus Karrieregründen bei. Ihr verdanke ich alles.“

Es versteht sich von selbst, daß Seidel nicht viel von der sowjetischen Politik unter Michail Gorbatschow hält. „Vor allem Gorbatschow“, schreibt Seidel, sei „in gleichem Maße schuldig wie der Westen, daß die Einverleibung der DDR in die BRD sich so vollzog, wie es dann geschah“. Als „ausgesprochen schäbig“ empfand Seidel das Verhalten der sowjetischen Führung gegenüber ihren „treuen Genossen in der DDR“. Das mindeste, was man von den langjährigen Freunden doch hätte erwarten dürfen, wäre „eine die BRD bindende Verpflichtung“ gewesen, „die die Verfolgung aller jener ausgeschlossen hätte, die treu ihre Pflicht gegenüber ihrem Staat“ getan hatten. Für Seidel war die Öffnung der Mauer am 9. November das „eigentliche politische Desaster“. Jede staatliche Kontrolle sei der SED damit aus der Hand geglitten. „Gegenüber der BRD wurde der stärkste, ja einzige

Trumpf aus der Hand gegeben.“ Wäre es nach Seidel gegangen, so hätte die SED statt nachzugeben lieber rechtzeitig in einigen „Regionen den Ausnahmezustand verhängen“ sollen. „Die bewaffnete Macht der DDR hätte allein durch ihre Anwesenheit zur Aufrechterhaltung der Ordnung genügt, ohne auch nur einen Schuß abzugeben. [...] Wer hätten denn einen Bürgerkrieg auslösen sollen? Die paar ‚Bürgerrechtler‘? Oder die schweigende Mehrheit der DDR-Bürger? Und womit?“

In den Jahren, als die Mauer noch stand und die SED alle Trümpfe in der Hand hatte, verhandelte Karl Seidel in unzähligen Runden mit westdeutschen Delegationen. An einer Stelle seines Buches spricht er ganz ungeniert über „das Grundmuster“, das die innerdeutschen Gespräche seit den Ostverträgen mit der Regierung Brandt auszeichnete: „Im Grunde lief es auf ständige Junktims zwischen finanziellen Leistungen der BRD gegen Zugeständnisse der DDR bei ‚menschlichen Erleichterungen‘ und beim Ausbau der Verbindungen zwischen der BRD und Westberlin hinaus.“ Seidel bekennt, daß er selbst Anfang der 70er Jahre geglaubt habe, die Frage der menschlichen Bindungen zwischen den Ost- und Westdeutschen würden sich „durch die Zeit erledigen“. Das Gegenteil sei jedoch eingetreten. Die millionenfachen innerdeutschen Kontakte hätten die nationalen Bindungen verstärkt, und „die DDR-Identität war zu schwach, um dem Druck des Wohlstandsgefälles und dem Demokratiedefizit widerstehen zu können“. Deswegen blieb am Ende nur noch die Mauer als der „letzte Trumpf“, den die SED zum Bedauern Seidels am 9. November 1989 dilettantisch aus der Hand gab. Karl Seidels Erinnerungen an die vielen deutsch-deutschen Verhandlungsrunden, an denen er aus der zweiten Reihe heraus mitgewirkt hat, sparen auf eigentümlich Weise die Mitwirkung des Ministeriums

für Staatssicherheit auf der DDR-Seite aus. Das gilt übrigens auch für seine ansonsten erschöpfenden autobiographischen Auskünfte. An keiner Stelle erwähnt Seidel seine eigene Zusammenarbeit mit dem MfS. Einige Zeugnisse darüber sind jedoch erhalten geblieben, weil das MfS sie sorgfältig archiviert hat. Am 17. April 1959 schrieb Leutnant Berge in seinem „Bericht über die durchgeführte Werbung des Seidel, Karl als geheimer Informator“, der Kandidat habe sich ohne Zögern bereit gefunden, „die schriftliche Verpflichtung abzugeben“, und sich selbst den Decknamen „Arthur“ gewählt. Als „Arthur“ unterrichtete Seidel in den 60er Jahren längere Zeit das MfS über innere Vorgänge im Außenministerium. Über seinen damaligen Chef, Außenminister Otto Winzer, hatte Seidel keine gute Meinung. Er bescheinigte ihm „einen äußerst schlechten Arbeitsstil“. Als Seidel in die Moskauer DDR-Botschaft wechselte, erhielt er einen neuen Decknamen, nun hieß er „Ingrid“ und hielt das MfS brieflich über dienstliche und persönliche Verfehlungen von Botschaftsmitarbeitern auf dem laufenden. Seidels informelle MfS-Akte endet 1970. Die Geheimpolizei schloß den Vorgang formell aber erst 1988 mit den Vermerk ab: „Wegen Leitungsfunktion fehlende operative Einsatzmöglichkeiten“. Karl Seidel ist ein Mann mit Prinzipien. Er hat sich bis heute an seine 1959 dem MfS versprochene Schweigepflicht gehalten.

Jochen Staadt

Hartmut Paetzke/Hans-Jörg Schirmbeck (Hg.): Der Deutsche Künstlerkongreß in Dresden 1953 – Ein Protokollfund. Archivjahrbuch 4 des Kunstwissenschaftler- und Kritikerverbandes: 3. Deutsche Kunstausstellung Dresden 1953 / Deutscher Künstlerkongreß vom 29.–30. April 1953, korrigierte und erweiterte Auflage, Berlin 2002, 178 S., 25 Euro.

Künstlerkongresse sind in der DDR zwar sorgfältig inszeniert, aber nicht immer ebenso sorgfältig publiziert worden. Wenn ihr Ablauf oder einzelne Beiträge der Regie nicht folgten oder von politischen Ereignissen überholt wurden, blieben die Protokolle in der Schublade, wie die des 1. Deutschen Schriftstellerkongresses 1947 oder – im vorliegenden Fall – des „Deutschen Künstlerkongresses“ im April 1953, der am Rande der 3. Deutschen Kunstausstellung in Dresden stattfand. Nur zwei der dort gehaltenen Reden – von Heinz Mansfeld und Lea Grundig – erschienen in redigierter Form in der Zeitschrift *Bildende Kunst*, die zum Kongreß mit einem 16seitigen Leitartikel „Stalin unser Freund und Lehrmeister“ aufwartete. Sein Echo hallt auch in den Kongreßreden der ostdeutschen Kunst- und Kulturfunktionäre wider, wenn Mansfeld in seinem Eröffnungsreferat den versammelten Künstlern Stalin als Lehrmeister des Sozialistischen Realismus empfiehlt. (Und nachdem die Jury der „Dritten Kunstausstellung“, der Mansfeld angehörte, zuvor Otto Dix als Juror abberufen hatte. Dix erschien denn auch gar nicht erst zum Kongreß, obwohl er gerade in Dresden war.)

Mansfeld erteilt den wenigen westdeutschen Gästen, die sich weder vom Umgang mit Dix noch von den Schikanen der eigenen Behörden an der Teilnahme hindern ließen, Nachhilfeunterricht. So rät er dem rheinischen Landschaftsmaler Carlo Mense eine „realistische Auseinandersetzung mit seinen Motiven“, um

die „falsche Romantik, die seine Bilder lebensfern macht, zu überwinden“. Dafür hält er den Kollegen aus der Bundesrepublik nachsichtig zugute, daß die „so wesentliche Hilfe durch unseren Staat, durch Schulen, Verbände und durch die öffentliche Kritik den in Westdeutschland schaffenden Künstlern naturgemäß nicht zuteil wird.“ Von ihnen mußte unter sehr viel schwierigeren Bedingungen ein erbitterter Kampf gegen die Ideologie der kosmopolitischen Einflußsphäre und gegen ihre formalistischen Tendenzen geführt werden.

Das sehen einige der westdeutschen Gäste dann doch anders, wenn am zweiten Kongreßtag der Karlsruher Maler Kiwitz das Wort nimmt und bekennt: „Wir aus dem Westen haben eine Vorstellung von einem Bilde, die einem großen Teile der Bilder aus der Ausstellung nicht entspricht. [...] Wir fühlen uns getroffen, daß über das, was wir so hoch schätzen, wofür wir als Maler und Künstler kämpfen, daß gerade das als Formalismus bezeichnet wird.“ Er bekommt sogar Beifall, als er fortfährt, die in Dresden gezeigten Arbeiten „sagen uns nicht viel. [...] So treten wir – wer es fertigbringt, soll es tun – in das große ideologische Fahrwasser des Ostens. Darin sind wir uns einig, und wenn wir nächstens wieder ausstellen, wünschen wir unter diesen Umständen auch eine Jury, um als westdeutsche Künstler berücksichtigt zu sein.“

Dazu ist es nicht mehr gekommen, aber das ist wohl nur einer der Gründe, daß das Protokoll dieses Kongresses in der Versenkung verschwand. Wahrscheinlich waren es sogar gerade die eigenen Tiraden gegen Formalismus und Loblieder auf Stalin, die schon wenige Wochen später – nach Stalins Tod, dem 17. Juni und dem „Neuen Kurs“ der SED – kurzfristig nicht mehr opportun waren. Der Herausgeber des jetzt gedruckten Kongreßprotokolls, Hartmut Paetzke, vermutet mit Recht: „Falls 1953 die Ab-

sicht bestanden haben sollte, das Protokoll des „Deutschen Künstlerkongresses“ im Ganzen zu veröffentlichen, haben der ‚Neue Kurs‘, der Aufstand der Arbeiter vom 17. Juni 1953 [...] und die Beiträge, die aus den Protokollen der außerordentlichen Vorstandssitzungen des Verbands Bildender Künstler Deutschlands (VBKD) am 7. und 8. August 1953 und am 14. November 1953 zusammengefaßt wurden und unter dem Titel ‚Neuer Kurs und die Bildenden Künstler‘ erschien, das zumindest aktuell hinfällig gemacht.“ Einige der Akteure des Kongresses – darunter der Vorsitzende der Staatlichen Kunstkommission und größte Scharfmacher Helmut Holtzhauer – waren sogar (nach Auflösung der Kommission) vorübergehend von der Bildfläche verschwunden.

Dem Herausgeber ist zuzustimmen – und dem Kunstwissenschaftler- und Kunstkritikerverband für die Publikation des Protokolls als Archivjahrbuch 4 zu danken –, „daß die Begegnungen der Künstler aus den beiden deutschen Staaten, speziell in den fünfziger Jahren, näher untersucht werden müssen.“ Doch ist die Aktenlage nicht so gut, wie der Fund dieses Protokolls vermuten läßt: „Die Aktenordner, die Materialien zu dem deutsch-deutschen Gespräch in den fünfziger Jahren enthielten und in einem verschlossenen Schrank im Keller des Verbandes Bildender Künstler der DDR in der Inselstraße 12 Anfang der neunziger Jahre entdeckt wurden, waren leer.“

Dafür kann man im Westen fündig werden: Im Archiv des Westberliner Berufsverbands Bildender Künstler fanden sich in den 70er Jahren Akten, die belegen, daß das Gesamtdeutsche Ministerium die Teilnehmer solcher Gespräche mit erheblichen Geldmitteln in ihren Verbänden zu isolieren suchte und das Gesamtdeutsche Ministerium sogar eine Spaltung des bundesdeutschen Künstlerverbands BBK finanzierte, als der Hamburger Maler Eylert Spars – in

Dresden in den Vorstand der Sektion Bildende Kunst im „Deutschen Kulturtag“ gewählt – Präsident des BBK wurde. Auch das westdeutsche Kapitel des Kalten Kulturkrieges harrt noch seiner Historiographen. Sie müssen sich nicht unbedingt soviel Mühe machen wie der Herausgeber des Archivjahrbuchs, der den 115 Seiten des Kongreßprotokolls einen Anhang beigegeben hat, in dem nicht nur Heinz Mansfeld (1 Seite) und Helmut Holtzhauer (1 Seite), sondern auch Karl Marx (1 Seite), Friedrich Engels (1/2 Seite), Josef Stalin (4 Seiten), Mao Zedong (1/2) und – Konrad Adenauer (4 Seiten) mit Kurzbiographie, Primär- und Sekundärliteratur gewürdigt werden. Nur einer fehlt seltsamerweise: Walter Ulbricht.

Hannes Schwenger

Maren Köster: Musik-Zeit-Geschehen. Zu den Musikverhältnissen in der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Pfau-Verlag, Saarbrücken 2002, 179 S., 20 Euro.

Das Musikleben stellt bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur nach wie vor ein Stiefkind dar. Um so mehr ist das Erscheinen einer Arbeit wie die nunmehr im Druck vorliegende Rostocker Dissertation von Maren Köster zu begrüßen. Die Autorin, eine aus Bremen stammende und in Berlin lebende Musikwissenschaftlerin, gliedert ihr Buch in zwei inhaltlich nicht streng voneinander abgegrenzte Teile, von denen der erste („Zur gesellschaftlichen Relevanz von Musik“) eher ereignisorientiert und der andere („Biographien – Institutionen – Werk“) eher institutionell und personell zentriert ist.

Daß Köster die Grenzen traditioneller Musikgeschichtsschreibung überwinden will und in diesem Sinne auch Anregungen etwa aus neuerer kulturwissenschaftlicher Literatur aufgreift, muß grundsätzlich lobend hervorgehoben

werden. Sie liefert keine „Musikgeschichte“, geschweige denn eine Kompositionsgeschichte, sondern setzt den Schwerpunkt ihres Interesses auf die äußeren Determinanten der musikkulturellen Entwicklung: auf die politischen Zustände im östlichen Nachkriegsdeutschland und auf die Biographien der das Musikleben beherrschenden Personen. Somit darf der Leser keine flächendeckende musikgeschichtliche Aufarbeitung der Nachkriegsepoche erwarten; im Grunde handelt es sich bei Kösters Buch um eine Zusammenstellung einzelner Fallstudien, die überwiegend Gegenstände abhandeln, welche bereits von der Forschung – darunter auch durch Aufsätze der Autorin (etwa zur Geschichte der Kommission Musik des Kulturbundes) – erschlossen worden sind. Schon den im Titel vorgegebenen lokalen und zeitlichen Anspruch erfüllt Köster nur zum Teil. So widmet sie sich fast ausschließlich den Verhältnissen in Berlin und vernachlässigt nahezu völlig die übrige SBZ/DDR. Und auch hinsichtlich des vorgegebenen Zeitrahmens sind die Grenzen fließend: Einerseits berücksichtigt die Autorin die erst 1953 stattgefundene Auseinandersetzung um Eislers Opernlibretto „Johann Faustus“, andererseits hat sie ein so wichtiges Ereignis wie die Gründung des Komponistenverbandes 1951 aus ihrer Betrachtung ausgeklammert, obwohl es in die im Titel angegebene Periode fällt.

Als schwerwiegender sind diejenigen Lücken zu bewerten, die sich aus der selektiven Wahrnehmung des Gegenstandes infolge der politischen Voreingenommenheit der Autorin ergeben. Dies betrifft nicht zuletzt auch die in der Arbeit berücksichtigte Literatur. Daß Köster, die offenbar die DDR immer noch für das bessere Deutschland hält, generell Forschungsergebnisse SED-kritischer Autoren als Kalte-Kriegs-Literatur schmäh, mag man noch als persönliche Meinungsäußerung tolerieren, jedoch

stößt die Autorin spätestens dann an die Grenzen der gebotenen wissenschaftlichen Objektivität, wenn sie bisweilen solche Arbeiten noch nicht einmal als brauchbares Quellenmaterial gelten läßt. Ihr ganzer Argumentationsstil ist von der altbekannten Legende des guten Anfangs durchdrungen. Wie in vielen linkslastigen Publikationen zur frühen DDR-Geschichte wird die Nachkriegszeit als ein von ideologischen Vorgaben noch weitgehend freies Terrain betrachtet, das ab 1948 überhaupt erst restriktiv von der Politik besetzt wurde. Die naive Gutgläubigkeit gegenüber der in Wirklichkeit von Anfang an auf Täuschung angelegten kommunistischen Taktik ist angesichts des heutigen Erkenntnisstandes anachronistisch. Als hätte sie vom Mißbrauch des Demokratie-Begriffs durch die sowjetischen und deutschen Kommunisten während der Zeit des sogenannten antifaschistisch-demokratischen Aufbaus nie etwas gehört, behauptet die Autorin, daß während dieser Jahre in der SBZ der Versuch unternommen worden wäre, „die Musikverhältnisse – und mit ihnen die allgemeinen Lebensverhältnisse – wirklich zu demokratisieren“, ein Versuch, der dann bedauerlicherweise „aus vielerlei Gründen“ gescheitert sei (S. 85). Köster scheint von dem Motiv angetrieben zu sein, den Nachweis zu erbringen, daß unter den Schafspelzen sich auch wirklich nur harmlose Lämmer befunden hätten – allem Argwohn alter und neuer „Kalter Krieger“ zum Trotz. Beispielsweise leugnet sie bei der Charakterisierung des im Mai 1948 in Prag stattgefundenen „II. Internationalen Kongresses der Komponisten und Musikkritiker“ die politische Gleichschaltungsfunktion dieses Ereignisses – das in erster Linie dem Export des sowjetischen Musikbeschlusses vom Februar desselben Jahres diene. Insbesondere das (von Hanns Eisler entworfene) *Manifest* des Kongresses wird von Köster als überwiegend ästhetisch intendiertes Dokument

dargestellt und damit politisch verharmlost. Für die von Theodor W. Adorno bereits 1948 in dem Aufsatz „Die gegängelte Musik“ veröffentlichte treffende Analyse des Prager Kongresses hat die Autorin auch heute nur ein hilfloses Achselzucken übrig (S. 48). Und nicht annähernd vermag sie etwa dem Leser die Tragik der Rolle zu vermitteln, die Eisler auf dem genannten Kongreß spielte: Einerseits hatte der Komponist in seinem Referat „Gesellschaftliche Grundfragen der modernen Musik“ den Versuch einer Ehrenrettung seines verehrten Lehrers Arnold Schönberg unternommen – und es auch nicht unterlassen, einiges von der eigenen ästhetischen Position in den Text des *Manifests* einzuschmuggeln –, andererseits war er aber offenbar nicht in der Lage, in der Veranstaltung als solcher, die er durch seine Autorität als prominentester Teilnehmer aufzuwerten half, eine jener Maßnahmen zu erblicken, „welche die östlichen Kulturvögte im Gefolge der nazistischen verhängen“ (Adorno).

Reichlich gutgläubig fällt auch Kösters Einschätzung der Rolle aus, die die sowjetischen Kulturoffiziere beim Aufbau des ostdeutschen Musiklebens spielten. Zwar ist zunächst positiv anzumerken, daß die Autorin sich diesem unter musikpolitischen Gesichtspunkten noch wenig erforschten Gebiet zugewandt hat und hier auch trotz der schwierigen Quellenlage einige interessante biographische Details mitteilen kann, doch leidet ihre Darstellung unter dem selbstauferlegten Zwang, die durchweg als Gutmenschen charakterisierten SMAD-Angehörigen von ihrer Mitverantwortung für die Sowjetisierung der Musikverhältnisse in der SBZ freizusprechen. So unterstellt sie, der bis 1948 für Musik zuständige SMAD-Offizier Sergej Barskij und dessen Chef, der Leiter der SMAD-Kulturabteilung Alexander Dymshitz, hätten den Shdanowschen Kunstbeschlüssen, die sie pflichtgemäß

propagierten, eigentlich ablehnend gegenübergestanden. Der Gipfelpunkt dieser durch keinen stichhaltigen Beweis bekräftigten Behauptung stellt die Vermutung dar, Dymshitz' Zeitungsartikel „Über den Formalismus in der deutschen Malerei“, mit dem Ende 1948 in der SBZ der stalinistische Feldzug gegen die Moderne eröffnet wurde, habe den Versuch bedeutet, eben diese Kampagne „von der SBZ fernzuhalten“ (S. 79).

Köster begründet ihre Forderung nach SED-freundlicher Historiographie damit, daß „mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation“ zugleich auch „die Denkmodelle des Kalten Krieges“ „historisch obsolet geworden“ seien (S.12). In Wahrheit hat aber gerade die von der Autorin favorisierte Methode, die eigentlich ein alter Hut ist, vor der Geschichte versagt. Auch ohne daß Köster auf den ihr offenbar unbekanntem „systemimmanenten“ Ansatz der DDR-Forschung Bezug nimmt, wird der Leser bei der Lektüre ihrer Dissertation fortwährend an die Ära erinnert, in der eine Flut westdeutscher Publikationen der SED-Diktatur die Eigenschaft permanenter Wandlungsfähigkeit attestierte – ausgerechnet zu einer Zeit, in der sich fast gar nichts mehr in der DDR wandelte.

Den größten Gebrauchswert des Buches für die Forschung stellen biographische Studien dar, die sich in dieser Fülle bisher in keiner anderen Publikation finden. Dabei konnte die Autorin die durch Archivrecherche gewonnenen Angaben in vielen Fällen durch mündliche Auskünfte, die entweder von den Porträtierten selbst oder von deren Angehörigen stammen, um so manches interessante Detail ergänzen. So ist bisher Unbekanntes aus der holländischen Exilzeit des späteren ersten Komponistenverbandschefs Nathan Notowicz (1911–1968) zu erfahren, und auch Notowicz' Geburtsort, der bisher in allen Lexika

fälschlicherweise mit Düsseldorf angegeben wurde, konnte Köster erstmals korrekt ermitteln: Notowicz, der seine Kindheit ab 1913 in München und dann in Düsseldorf verlebte, war am 31. Juli 1911 in der galizischen Kleinstadt Tyczyn geboren worden.

Von besonderem Interesse für den Leser dürften Kösters biographische Anmerkungen zu Personen mit NS-Vergangenheit sein. Die Erkenntnis, daß unter den Exponenten des Musiklebens in der DDR nicht nur Antifaschisten waren, sondern daß die Zahl NS-belasteter Personen sogar überaus hoch war, vermag freilich nur jene Leser zu überraschen, die noch immer der Legende vom unbefleckte antifaschistischen Neubeginn Glauben schenken wollen. Durch die Säuberung ihrer Biographien und den rechtzeitigen Wechsel in die neue Staatspartei gelang es etlichen Nazi-Mitläufern, ihre im NS-Staat begonnenen Karrieren ungebrochen fortzusetzen. Zu Recht stellt Köster fest, daß dieses Thema „bis zum Ende der DDR ein Tabu“ geblieben ist (S. 86). Beispielsweise wurde der Komponist Johann Cilenšek (1913–1998) schon 1947 Professor und später Rektor der Weimarer Musikhochschule. Steil verlief auch die Karriere von Walther Siegmund-Schultze (1916–1993), einem der treuesten SED-Parteisoldaten unter den Musikwissenschaftlern in der DDR. Beiden glückte es, sich nach 1945 als Antifaschisten auszugeben, obwohl sie beide schon 1934 in der SA tätig geworden und 1937 in die NSDAP eingetreten waren. Das bizarre Täter-Opfer-Schicksal des Musikkritikers Karl Schönewolf (1894–1962) war zu DDR-Zeiten nur der Stasi bekannt. Obwohl Schönewolf 1938/39 wegen einer homosexuellen Beziehung für fünf Monate inhaftiert und aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, konnte er es nach 1945 aus naheliegenden Gründen nicht wagen, sich als Verfolg-

ter des NS-Regimes anerkennen zu lassen.

Lars Klingberg

Heidrun Budde: Willkür! Die Schattenseite der DDR. Ingo Koch Verlag, Rostock 2002, 752 S., 38 Euro.

Was hat zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR geführt? Waren es nicht wirtschaftliche Engpässe, deren das DDR-Volk schließlich leid war? Und deuteten nicht Ausreisebewegung, marode VEBs und Konsumrausch nach dem Fall der Mauer darauf hin? Oder war es der Wunsch nach politischer Freiheit, die Sehnsucht, einem muffigen Obrigkeitsstaat zu entfliehen, der seine als „Bürger“ titulierten Subjekte beständig bespitzelte, demütigte und vor allem beständiger Willkür aussetzte? Letzteres ist jedenfalls die Antwort von Heidrun Budde, die sie in ihrem Buch auf diese Frage findet und als „Beweis“ für den „Volkszorn“ des Jahres 1989 herausstellt.

Der mit Quellenverzeichnis und Dokumentenabdrucken über 700 Seiten umfassende Wälzer liest sich denn auch wie eine bedrückende Anthologie despotischer Akte, vor denen das Individuum im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ nicht gefeit war. Jedoch ist hierin nicht von sattem bekannten Fällen der dissidenten DDR-Intelligenzija die Rede, sondern von dem, was sich in den heutigem Interesse und Verständnis weitgehend entzogenen Lebensbereichen an borniertem Dünkel und mitunter perverter staatlicher Willkür manifestierte: etwa im DDR-Strafvollzug, in der sogenannten sozialistischen Arbeitswelt oder auch beim Feriendienst des FDGB.

Freilich, das Buch fördert für den mit der jüngsten deutschen Geschichte vertrauten Leser zumeist nichts grundlegend Neues zutage. Deshalb wirkt zuweilen auch Buddes entsetzter Gestus, beispielsweise der des öfteren zu lesende Satz: „Das müssen Sie sich einmal vorstellen!“ etwas befremdlich und affektiert. Denn daß die Stasi unter den Gefängnisinsassen sogenannte Zelleninformanten rekrutierte, dafür „Hafter-

leichterungen“ oder auch „finanzielle Zuwendungen“ gewährte, wußte man im allgemeinen zwar nicht, hielt es aber für durchaus möglich. Ebenso, daß der sozialistische Untertan, äußerte er sich „negativ“ oder gar „feindlich“, plötzlich vom Arbeitsplatz „abberufen“ werden konnte. Der Fall des Technischen Offiziers, der auf einem DDR-Handelsschiff Udo Lindenbergers Spottlied „Es fährt ein Sonderzug nach Pankow“ laut in der Kantine hörte und dem man dafür das Seefahrtsbuch entzog, ist durchaus kein einzelner. Diese und ähnliche Vorfälle bestimmten den Erwartungshorizont des DDR-Bürgers. Außerdem dürfte wohl jedem Ostdeutschen vor 1989 klar gewesen sein, daß nur der mit „Jugendtourist“ ins Ausland reiste, der sich auch zu Hause linientreu gab, hingegen der Querulant, Individualist oder auch „Verdächtige“, auf organisierte Reiseidylle nicht zu hoffen brauchte. Daher hätte sich die Verfasserin auch sparen können, eifrig mit „sozialistischen Verfassungsnormen“ und anderen DDR-Rechtssätzen zu argumentieren, um so den willkürlichen Charakter bestimmter Verwaltungsentscheidungen zu unterstreichen. Man braucht heute nicht mehr langatmig zu beweisen, daß die DDR ein Unrechtsstaat gewesen war, in dem die Staatsräson sehr oft vor dem Gesetz rangierte.

Interessant jedoch ist, wenn Budde auf die geheimen Ausbürgerungsmethoden zu sprechen kommt. Die Ausbürgerung war nicht nur probates Zwangsmittel, sich gewisser Oppositioneller zu entledigen, auch andere Personen konnte dies betreffen; vor allem dann, wenn sie straffällig geworden waren, keiner geregelten Arbeit nachgingen oder für den Staat einfach volkswirtschaftlich nicht rentabel waren. Hier vermag es die Autorin durchaus, der „Schattenseite der DDR“ einige weniger bekannte Details hinzuzufügen. Denn was weiß man heute noch von jener eliminatorischen Lo-

gik der DDR-Behörden, in der kruder Homogenitätswahn, dumpfer Ordnungssinn und ökonomisches Kalkül nicht selten in eine schlichtweg inhumane Praxis mündeten?

Das tragische Schicksal des Rudolf S. aus Dresden ist hierfür bezeichnend: Rudolf S. wurde 1941 in Österreich geboren. Er war nach der damaligen Rechtslage Deutscher, erhielt aber nach 1945 seine österreichische Staatsangehörigkeit zurück. Seine Mutter, eine Österreicherin, siedelte im Jahr 1948 in die sowjetische Besatzungszone über, um ihre zweite Ehe mit einem Deutschen zu schließen. Sie erwarb damit die deutsche Staatsbürgerschaft, und auch die Halbgeschwister von Rudolf S., die aus dieser Ehe hervorgingen, waren nach dem Abstammungsprinzip deutsche Staatsbürger. Bis zum Beginn der 60er Jahre interessierte sich praktisch niemand dafür, daß aus der Familie nur Rudolf S. die österreichische Staatsbürgerschaft besaß. Das änderte sich allerdings, denn Rudolf S. wurde während dieser Zeit straffällig. Rudolf S., der an Debilität litt und nur die Hilfsschule absolviert hatte, entblößte sich vor Kindern. Als man ihn dafür 1963 bereits zum zweiten Male zu einer Gefängnisstrafe verurteilte, erinnerten sich die DDR-Behörden daran, daß ja Rudolf S. gar kein deutscher Staatsbürger war. Nunmehr versuchte man Rudolf S. an den österreichischen „Klassenfeind“ loszuwerden. So erging im Jahr 1964 beim Ministerium des Inneren der DDR, Hauptabteilung Paß- und Meldewesen, ein erster Antrag auf „Ungültigkeitserklärung der Aufenthaltsberechtigung“ für Rudolf S.; Absender war die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei in Dresden. Die Familie intervenierte heftigst und ließ dabei keinen Zweifel an ihrer opportunen ideologischen Gesinnung. „Meines Sohnes Großvater hat sein ganzes Leben lang für die KPÖ gekämpft. Ich selber bin 1939 schon illegal agitieren gegan-

gen“, heißt es in einem Bittbrief der Mutter; und an anderer Stelle „[...] hier in unserer DDR ist er zu Hause, in Österreich ist er fremd [...], dort geht er mir ganz unter“. Allein es half nichts. Als Rudolf S. 1968 erneut zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, geriet er wiederum ins Visier der Abschiebung, obwohl ein Gericht vorgeschlagen hatte, ihn freiwillig in eine Einrichtung für psychisch Kranke einzuweisen. Doch das interessierte die dafür zuständigen Behörden anscheinend nicht. Direkt nach seiner Haftentlassung verbrachte die Volkspolizei Rudolf S. über die tschechische Grenze und gab ihm eine Fahrkarte nach Wien. Man ließ Rudolf S. noch wissen, daß „erneute Einreisen in die DDR nach seiner Ausreise nicht erwünscht“ seien. Die DDR, die ansonsten Humanität und Moral für sich gepachtet hatte, entließ somit einen offenbar psychisch kranken Mann in eine ungewisse Zukunft, in ein Land, in dem er weder Angehörige noch Freunde besaß, das ihm vollkommen entfremdet war.

Ähnlich perfide reagierte die sozialistische Obrigkeit, wagten sich die Untertanen in Personen aus dem Westen zu verlieben. Ehe war zwar auch im „besseren Deutschland“ Privatsache, doch wollte man zwecks Heirat in das „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“, womöglich gar in das Land der „Bonner Ultras“ ausreisen, begannen „Eheberater“ des MfS hellhörig zu werden. Was auch immer Heidrun Budde an Fällen von „Ehe Ost-West“ zusammengetragen hat, die Handlungsmuster der sogenannten zuständigen Stellen blieben stets die gleichen: man lud zu entwürdigenden „Aussprachen“, man drohte, man bespitzelte; man versuchte mit den infamsten Methoden die Paare einander zu entfremden, mitunter sogar zu kriminalisieren. Manchen DDR-Bürger brachte die verbotene Liebe denn auch ins Gefängnis – wegen „landesverräterischer Agententätigkeit“. Fruchtete all dies nicht, so

gab es seitens der sozialistischen Staatsmacht nur noch eines: „Kontaktsperre“, was hieß: keine „Aus- oder Einreisegenehmigung“, manchmal über Monate oder auch Jahre hinweg. Es ist offenbar nicht mehr zu ermitteln, wie viele Tragödien die DDR hierbei zu verantworten hat, wahrscheinlich auch nicht, wie vielen Menschen nun doch noch die makabre Gnade einer staatlichen Heiratserlaubnis zuteil wurde. Eines wird nach der Lektüre jedoch klar: Mit derlei Praktiken übertraf die DDR sogar noch die Willkür des Ancien régime.

Leider hat der Verlag in dem Band darauf verzichtet, die Autorin kurz vorzustellen. Jedoch stammt Heidrun Budde offenbar selbst aus der DDR. Ihre profunde Kenntnis der bürokratischen Strukturen der DDR, die sie hier unter Beweis stellt, ihr untrüglicher Instinkt, mit dem sie die sozialistische Despotie für den Leser immer wieder sichtbar macht, nicht zuletzt ihr Sprachgebrauch lassen dies zumindest vermuten. Man spürt es: Hier schreibt jemand nicht nur passioniert über das, was er in Akten gelesen hat, sondern über etwas, was er aus eigenem Erleben heraus wohl auch sehr gut kannte. Jedoch führen Buddes Untersuchungen auch zu einem etwas kurzen Schluß. Wie viele DDR-Bürger haben im Gefängnis gesessen? Wie viele von ihnen wollten in den Westen heiraten oder mit der „Völkerfreundschaft“ in die Karibik fahren, wie viele von ihnen schließlich waren mit dem Ausbürgerungsproblem konfrontiert? Es dürfte sich hierbei nur um bestimmte Bevölkerungsteile handeln, um Gruppen also, die als Beweis für die eingangs vorgestellte These nicht ausreichen. Es muß vielmehr gesagt werden: Das DDR-Volk war durch die deutsche obrigkeitsstaatliche Tradition kulturell geprägt und nahm in seiner großen Mehrheit die sozialistische Willkür nur bedingt wahr. Entsprechende Analysen,

die mehr einen „Civic-culture-Ansatz“ favorisieren, werden das belegen. Es bestreitet niemand den despotischen Charakter des SED-Regimes, jedoch folgte der Aufstand gegen die sozialistische Willkür nicht, wie es die Autorin vermuten läßt, der Lorenzschen Pressionslogik, sondern erst als die tiefsitzenden gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr zu verheimlichen waren, erst als die Lügen der SED so übermächtig wurden, daß sie selbst der Dümme als solche wahrnahm. Erst also, als die DDR ihre Willkürherrschaft nicht mehr legitimieren konnte, begehrte das Volk auf – und aus den sozialistischen Untertanen wurden freie Bürger.

Michael Böhm

Rolf Steininger: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR. Olzog Verlag, München 2003, 206 S., 12 Euro.

Rolf Steininger schrieb 1985 ein Buch über die Stalin-Noten des Jahres 1952, das – obgleich nur ein Taschenbuch – seinerzeit für Aufsehen sorgte, weil es eine letzte Debatte über die Frage der Ernsthaftigkeit dieser Noten auslöste und heute als Standardwerk gilt. Steiningers neuestes Buch reiht sich thematisch in die lange Liste von Büchern ein, die dieser Autor zur Deutschen Frage und der Geschichte des Kalten Krieges verfaßt hat. Wie immer besticht der präzise Stil.

Steininger beweist wieder einmal, daß Lesbarkeit nicht auf Kosten des wissenschaftlichen Anspruchs zu gehen braucht und vermeidet andererseits jeden Plauderton. Der neueste Forschungsstand zum 17. Juni 1953 und seiner Vorgeschichte wird anschaulich zusammengefaßt, dazu tragen sowohl Abbildungen als auch ein kleiner Dokumententeil bei. Obwohl die Gründungsphase der DDR, ihre Konsolidierung zwischen 1961 und etwa 1973 und ihr langer Abstieg dargestellt werden, bildet der 17. Juni 1953 als konstitutiver Wendepunkt den Schwerpunkt des Buches.

An den Anfang stellt Steininger die Versuche der SED-Führung, die sowjetische Besatzungszone sehr viel schneller nach dem Vorbild der „Volksdemokratien“ zu organisieren. Ihr Übereifer vertrug sich trotz der Staatsgründung noch nicht mit dem deutschlandpolitischen Generalplan Stalins, der die Verhinderung einer anti-sowjetischen Allianz in Westeuropa in den Vordergrund stellte und dabei die DDR als Unterpand sah.

Steininger beschreibt die Ablehnung der Stalin-Noten durch die Westalliierten im März 1952 als optionalen Wechsel im Denken Stalins in Bezug auf die Rolle

der DDR: Weg vom Unterpand, hin zu der Rolle des strategischen Glacis nach Westen im Bündnis mit der UdSSR. Die im Buch teilweise faksimilierten fragmentarischen Aufzeichnungen Wilhelm Piecks über die wohl wichtigste Unterredung der engsten Partei- und Staatsführung der DDR und der UdSSR überhaupt am 7. April 1952 sind ein Beweis für die veränderten Prioritäten Stalins. Stalins Skizze lautete wohl wörtlich: „Atlantikpakt – selbständiger Staat im Westen Demarkationslinie gefährliche Grenze 1. Linie deutsche Stasi, dahinter Sowjetsoldaten ... Nicht Miliz sondern ausgebildete Armee (aufbauen). Alles ohne Geschrei, aber beharrlich ... Einheit, Friedensvertrag – weiter agitieren“ (S. 33). Am Anfang des 17. Juni steht diese Skizze eines massiven Aufrüstungsprogramms für ein ausgeblutetes Land, dessen wichtigste Betriebe ohnehin als SAG in der Hand der Sowjets waren und das noch immer ca. 25 Prozent seines BIP als Reparationen abzuliefern hatte. Die II. Parteikonferenz der SED setzte im Juni 1952 die Vorgaben Stalins unter organisiertem Jubel der Delegierten in Beschlüsse um. Ulbrichts Schlüsselreferat proklamierte den „Aufbau des Sozialismus“: Verschärfter Klassenkampf gegen bürgerliche Restbestände, Kirchenkampf, forcierte Kollektivierung in LPG, PGH und HO, Abschaffung der Länder und Schaffung von Bezirken, Ausbau der Volkspolizei und eine Kampagne für den (noch) freiwilligen Wehrdienst unter Mitwirkung von FDJ, FDGB und der neu geschaffenen paramilitärischen GST; schließlich: Auf- und Ausbau der Schwerindustrie, um Kompensationsgüter für sowjetische Waffenlieferungen bereitstellen zu können. Und das alles zusätzlich zum laufenden Fünfjahresplan, der selbst schon längst Fiktion war. Der „Aufbau des Sozialismus“ traf die DDR-Bevölkerung ohne die sonst übliche propagandistische Vorbereitung. Grund war die zögernde Haltung der KPdSU, die erst

wenige Tage vor Beginn der II. Parteikonferenz ihre Zustimmung zum „Aufbau des Sozialismus“ gab.

Administrative Verknappung und Verteuerung von Konsumgütern des täglichen Bedarfs und die damit einhergehende Frustration über ein Regime, das vorgab, immer im Interesse der arbeitenden Massen zu regieren, steigerten sich in der Folgezeit beständig.

Steiningers Knappheit der Darstellung, die nur die allgemeine Stimmung in jener Zeit umreißen kann, fallen die Instrukteurberichte des FDGB aus den Betrieben zum Opfer. Aus diesen Berichten von an die Basis entsandten Kadern ist die Stimmung der Arbeiterschaft ungeschminkt ablesbar, die sich seit Dezember 1952 in spontanen Arbeitsniederlegungen, Sabotageakten und massenhaften „Republikfluchten“ kontinuierlich auch über die Tage um den 17. Juni 1953 hinaus äußerten.

Der Kulminationspunkt war die pauschale Normerhöhung um zehn Prozent durch ZK-Beschluß vom 13. Mai 1953, die freiwillige Normerhöhungen in den Wochen und Monaten zuvor unberücksichtigt ließ, so daß einzelne Belegschaften faktische Normerhöhungen von 25 Prozent und mehr hinnehmen mußten. Bei dieser Normerhöhung sollte es offenbar auch bleiben, als der „Aufbau des Sozialismus“ zugunsten des „Neuen Kurses“ revidiert wurde. Der Verlauf des Aufstands ist bekannt und wird dargestellt. Bei Steininger kommen jedoch einige Aspekte hinzu, die bislang entweder unbekannt, von Legenden verschüttet oder nicht geläufig waren. Dazu gehört, daß der Aufstand flächendeckend war und auch die Bauern voll erfaßte. Zwar gab es klare Aufstandszentren und auch ein Süd-Nord-Gefälle hinsichtlich der Intensität, aber in Kleinstädten und auf dem Land gab es ebenfalls Protest. Bauern verließen in jenen Tagen aufgrund des „Neuen Kurses“ scharenweise die LPG. Vergessen war,

daß, wie Steininger schreibt, der Aufstand sich in den Juli und August hinzog. Befriedet war die Arbeiterschaft, wie der Verfasser selbst feststellte, auch im Sommer des darauffolgenden Jahres noch nicht. Aufgrund der drakonischen Strafen kam es dann zwar nicht mehr zu Streiks, wohl aber zu Protestverhalten knapp unterhalb der Streikschwelle bzw. zu Minutenstreiks. Schließlich ist es verdienstvoll, daß Steininger die allgemeinen politischen Forderungen der Aufständischen unterstreicht. Der Aufstand ist auch als Protest gegen die zunehmende Spaltung Deutschlands zu sehen. Nahezu überall wurden freie Wahlen in ganz Deutschland in die Forderungskataloge und Resolutionsentwürfe aufgenommen. Das Ergebnis solcher Wahlen war für die SED und die Besatzungsmacht vorhersehbar.

Steininger teilt im übrigen die These von der „zweiten Staatsgründung“ der DDR infolge des 17. Juni. Die Besatzungsmacht stärkte von nun an die Staatsqualität der DDR, was sich im August 1953 unter anderem im Verzicht auf künftige Reparationen manifestierte. Die DDR konnte von da an Freiräume gegenüber der UdSSR weit unterhalb der Souveränität behaupten. Das Buch geht auch auf den Mauerbau 1961 als die letzte große Zäsur der DDR-Geschichte vor 1989 ein, der wohl wieder eine Staatsgründung oder eine „Wiedergeburt“ war, wie Steininger zitiert. Berücksichtigt man den Exodus ambitionierter junger Leute, war der Mauerbau sicherlich eine stabilisierende Maßnahme der SED im Einvernehmen mit der Sowjetführung und mit Wissen und Duldung der Westmächte. Aber nie wieder hat es die DDR-Partei- und Staatsführung wie 1953 auf eine Machtprobe mit dem Volk wegen materieller Einschnitte ankommen lassen. Staatsmacht und Bevölkerung fanden einen modus vivendi – so häßlich der auch manchmal war; die Grundversorgung an

Konsumgütern stellte der Staat von nun an sicher. Der Repressionsapparat wuchs im Gegenzug und „verfeinerte“ sich, um das langsam und mühselig aufgebaute internationale Renommee nicht zu gefährden. Als die DDR dann zusammenbrach, wurde überdeutlich: „Sie war ein Irrweg in der deutschen Geschichte, sie war grau und trist, muffig, kleinbürgerlich und braunkohlestinkig, repressiv und perspektivlos. Am Ende wollten die meisten nur noch weg“ (S. 107). All jenen, die sich auf den neuesten Stand der Forschung zum 17. Juni 1953 bringen wollen und sich einen Einblick in die Folgejahre der „zweiten Staatsgründung“ verschaffen möchten, sei Steiningers Buch empfohlen.

Andreas Graudin